



Parlamentssitzung 13. Dezember 2010

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 22.50 Uhr

Vorsitz Christian Burren (parteilos)

Anwesend

Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Ruedi Lüthi (SP)
Bernhard Bichsel (FDP)	Anna Mäder (SP)
Peter Burch (FDP)	Urs Maibach (Grüne)
Ignaz Caminada (CVP)	Hans Moser (SVP)
Heinz Engi (FDP)	Heinz Nacht (SVP)
Mario Fedeli (SP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Jan Remund (Grüne)
Thomas Frey (BDP)	Christian Roth (SP)
Martin Graber (SP)	Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
Philippe Guéra (BDP)	Christoph Salzmann (SP)
Hermann Gysel (EVP)	Laavanja Sinnadurai (SP)
Niklaus Hofer (SVP)	Hugo Staub (SP)
Franziska Keller (BDP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
Erica Kobel-Itten (FDP)	Mark Stucki (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)	Barbara Thür (GLP)
Daniel Krebs (SVP)	Thomas Verdun (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)	Ulrich Witschi (BDP)
Andreas Lanz (BDP)	Ursula Wyss (Grüne)
Patrik Locher (EVP)	Rolf Zwahlen (EVP)

Entschuldigt Barbara Perriard (FDP)

Gemeinderat Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. November 2010	215
2. Kommissionsersatzwahlen.....	215
3. Voranschlag 2011	216
4. Förderung des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK)	231
5. Kreditabrechnungen.....	235
6. Regionalkonferenz: Beitritt Teilkonferenz "Wirtschaft"	236
7. 0611 Motion (Pestalozzi, GB, GFL) "Erneuerbare Energie"	237
8. 1014 Postulat (Grüne Köniz) "Zonen für Freiflächenanlagen für Solarstromproduktion"	238
9. 1016 Interpellation (BDP) "E-Government: Wo steht Köniz mit der Entwicklung des elektronischen Austausches mit Behörden?"	240
10. Verschiedenes.....	240

Begrüssung

Parlamentspräsident Christian Burren: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend, nach dem Eintreffen von Anna Mäder um 19.15 Uhr, 39 Parlamentsmitglieder. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Christian Burren: Der Aktenversand hat am 17. November 2010 stattgefunden. In einem ersten Nachversand am 29. November 2010 haben Sie die Unterlagen zum Voranschlag erhalten und in einem zweiten am 7. Dezember 2010 das Protokoll der Sitzung vom 15. November 2010. Auf Ihren Pulten liegt die Sitzungsgeld-Abrechnung, die Sie bitte prüfen wollen. Bei allfälligen Unstimmigkeiten melden Sie sich bitte bis am 20. Dezember 2010 bei der Parlamentssekretärin Verena Remund.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Christian Burren: In Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen, ist in der KSF der vakant gewordene Sitz von Ursula Wyss zu besetzen.

Die Traktandenliste ist genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. November 2010 (Nachversand)

Christoph Salzmann (SP): Auf Seite 191 steht in meinem Votum, ich zitiere: "Das hat der ehemalige Berner Gemeinderat Adrian Guggisberg bei der Einweihung der muslimischen Grabfelder im Bremgartenfriedhof vor ungefähr 20 Jahren gesagt." Gemäss meinen Notizen sollte die Zahl "10 Jahre" festgehalten sein. Ich bitte um Korrektur.

Hermann Gysel (EVP): Gemäss Protokoll habe ich Folgendes gesagt: "Im Hinblick auf die bevorstehende Primat-Diskussion bin ich froh, dass dies gesagt worden ist." Das ist aber in diesem Zusammenhang nicht richtig zu verstehen und ich bitte um folgende Präzisierung: "*Im Hinblick auf die bevorstehende Primat-Diskussion bin ich froh, dass der Gemeindepräsident gesagt hat, Art. 9 sei kein Präjudiz.*"

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 15. November 2010 wird mit den obgenannten Änderungen genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Parlamentspräsident Christian Burren: Ursula Wyss hat ihre Demission als Mitglied der Kommission für soziale Fragen (KSF) eingereicht. Die Fraktion der Grünen Köniz schlägt Ihnen Liz Fischli-Giesser zur Wahl vor.

Beschluss

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt Liz Fischli-Giesser (Grüne) als Mitglied der Kommission für soziale Fragen (KSF) für die laufende Amtszeit, d. h. bis 31. Januar 2012 als gewählt.

3. Voranschlag 2011

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen
(Nachversand)

Parlamentspräsident Christian Burren: Die Beratung des Voranschlags 2011 verläuft wie folgt: Nach dem Votum des GPK-Referenten erfolgen die Voten der Fraktionssprechenden zur Vorlage insgesamt. Anschliessend folgen die Einzelvoten. Nach der Detailberatung werden die bereits bekannten Anträge bereinigt und danach darüber abgestimmt. Nach einer Pause für die Bereinigung des Voranschlags 2011 erfolgt die Abstimmung über die Gesamtvorlage.

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Der Gemeinderat schlägt dem Parlament nach der Rückweisung des Voranschlags 2011 an der Sitzung vom 15. November 2010 vor, den Ihnen vorliegenden und überarbeiteten Voranschlag 2011 mit einem Defizit von 0,8 Millionen Franken zu genehmigen. Es handelt sich um Verbesserungen von insgesamt 1,47 Millionen Franken, die sich wie folgt zusammensetzen: Teil A sind Kürzungsvorschläge im Personal- und Sachaufwand von insgesamt 311'500 Franken und Teil B sind weitere Verbesserungsvorschläge aufgrund neuer Erkenntnisse von 1,159 Millionen Franken. Die Teile A und B ergeben insgesamt 21 Massnahmen, die der Gemeinderat umsetzen will. Das betrifft Optimierungen bei den Personalkosten, Reduzierungen im Winterdienst, neue Erkenntnisse bei Versicherungsabschlüssen, zusätzliche Beiträge aus dem Lastenausgleich für Tagesschulen, die Anschaffung von Radaranlagen und die Senkung von Abschreibungen dank neuen Erkenntnissen. Die Massnahmen und ihre Auswirkungen einzeln zu kommentieren würde den Rahmen der Redezeit sprengen und ist im Übrigen an der GPK-Sitzung vorgenommen worden. Zusätzlich sind die Fraktionspräsidien an einer Sitzung mit Gemeindepräsident Luc Mentha und dem Finanzverwalter Thomas Pfyl detailliert informiert worden. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Fraktionen über die Details im Bild sind. In einem Punkt ist eine Abweichung vorhanden: Die Kürzung der Beiträge im Konto 5130.366, Landschaft und Grünanlagen, um 100'000 Franken wird rechtlich nicht möglich sein. Dies aus folgendem Grund: Bund und Kanton haben die Beiträge für Buntbrachen und extensive Wiesen zum Teil verdoppelt. Unser Reglement lässt somit dort eine Kürzung zu. Bei Hochstamm- und Feldobstbäumen sind die Beiträge von Bund und Kanton nicht erhöht worden und somit sind gemäss unserem Reglement keine Kürzungen möglich. Die Beiträge für Hochstammbäume betragen 80'000 Franken. Die maximale Kürzung der Ökobeiträge beträgt damit 40'000 Franken, d. h. 60'000 Franken fallen dahin und erhöhen den Ausgabenüberschuss im Voranschlag 2011 entsprechend. Die Abklärungen sind durch die Fachstelle Recht vorgenommen worden.

Die insgesamt 21 Massnahmen können wie folgt klassifiziert werden: Ungefähr die Hälfte davon sind aus dem Stabilisierungsprogramm vorgezogen worden und die restlichen sind kurzfristige und nicht unbedingt nachhaltige Massnahmen. Ein Wort zum Stabilisierungsprogramm: Die GPK hat eine Zusammenfassung der Resultate eines Workshops des Gemeinderats zum Stabilisierungsprogramm erhalten. Die Zahlen sehen auf den ersten Blick viel versprechend aus, mehr möchte ich dazu nicht sagen. Es wird Aufgabe der noch zu bildenden Finanzkommission sein, sich mit diesem Stabilisierungsprogramm zusammen mit dem Gemeinderat auseinanderzusetzen. Ein Wort zur Finanzkommission: Der GPK ist zugesichert worden, dass das Reglement für die Finanzkommission im Februar 2011 im Parlament beraten wird und gleichzeitig die Kommission gewählt wird, damit sie am 1. April 2011, nach Ablauf der Einsprachefrist, ihre Arbeit aufnehmen kann. Das ist eine gute Nachricht für die Könizer Finanzpolitik.

Die Rückweisung des Voranschlags 2011 wurde mit dem Auftrag verbunden, einen Voranschlag mit maximal 0,5 Millionen Franken Defizit vorzulegen. Dies hauptsächlich durch Einsparungen im Personal- und Sachaufwand. Dieser Auftrag ist – wertneutral gesehen – nicht erfüllt worden, weder in der Höhe noch beim Wie und Wo. Dieser Umstand hatte Einfluss auf die Diskussionen in der GPK und schlussendlich auf das Abstimmungsergebnis.

Einige Detailfragen aus der GPK-Sitzung: Weshalb sind in Bezug auf die so genannten "neuen Erkenntnisse" keine negativen, sondern vor allem positive Trends aufgeführt? Da der Budgetspielraum eng sei, müsse aus heutiger Sicht nicht mit grossen Überraschungen gerechnet werden, wurde geantwortet. Im Bereich Tagesschulen wird man über die Bücher gehen müssen, ob die Ersetzung von pädagogischem durch nicht pädagogisches Personal zu Kostenreduktion im Budget 2012 führen könnte. Zu Sparmassnahmen in der DBS: Weshalb enthält das Sparprogramm keine von Gemeinderat Ueli Studer angekündigten Sparmassnahmen? Gemäss Gemeinderat haben sich diese als nicht nachhaltig erwiesen und sind deshalb nicht aufgenommen worden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Heute wird wahrscheinlich zum letzten Mal ein GPK-Referent zum Voranschlag sprechen. Im nächsten Jahr wird diese Aufgabe durch den Präsidenten oder die Präsidentin der Finanzkommission übernommen. Das weckt gewisse Hoffnungen, dass die Finanzkommission einen Konsens mit dem Gemeinderat findet und solche Übungen wie heute nicht mehr nötig sind.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Einleitend einige Worte aus der Sicht des Gemeinderats: Die Rückweisung des Voranschlags 2011, verbunden mit dem Auftrag Einsparungen vorzunehmen, beinhaltete eine sehr kurze Frist für die Vorlage eines neuen Voranschlags. Wir stellen nun fest, dass die von uns entwickelte Diät offenbar nicht von allen in allen Teilen goutiert wird. Heute haben wir nun die Chance, diese noch zu justieren. Für den Gemeinderat ist der Erfolg versprechende Weg nach wie vor jener über das Stabilisierungsprogramm, weil nur so sorgfältig und mit der notwendigen Umsicht und Abstimmung gegenseitig und in einem Dialog vorgegangen werden kann. In Bezug auf die Finanzkommission kann ich die Ausführungen des GPK-Referenten bestätigen: Die Bildung der Finanzkommission sowie deren personelle Besetzung wird im Februar 2011 im Parlament beraten. Die Kommission wird ihre Arbeit somit am 1. April 2011 aufnehmen können. Der Gemeinderat hat die Absicht, das Stabilisierungsprogramm im März 2011 zuhanden des Parlaments und der Finanzkommission zu verabschieden. Wir haben versucht, den Rückweisungsauftrag so gut als möglich ernst zu nehmen. Richtig ist die Feststellung, dass wir nicht nur nachhaltige Vorschläge angebracht haben. So ist es beispielsweise nicht die Auffassung der Exekutive, auf lange Sicht abseits von der Teilkonferenz Wirtschaft zu stehen. Es ist ebenfalls nicht unsere Absicht, bei der "Hauptstadtregion" nicht mitzumachen. Auch nicht unsere Absicht ist es, die Beiträge an die Musikgesellschaften auf Jahre hinaus zu halbieren. Wir haben aus dem Stabilisierungsprogramm Erkenntnisse einfließen lassen. Ich muss jedoch festhalten, dass es fast unmöglich ist, Einsparungen von 1,8 Millionen Franken vorzunehmen, ohne damit den Bürger oder die Bürgerin zu treffen. Eine gewisse Kompromissbereitschaft des Parlaments gegenüber unserem Vorschlag muss vorhanden sein wie auch gegenüber der von Ihnen beschlossenen Rückweisung. Ich darf hier mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass für die neuen Vorschläge des Gemeinderats positive Signale ausgesandt werden. Ich danke dafür.

Ich anerkenne durchaus an, dass die Mehrheit, die für die Rückweisung gestimmt hat, nun mit diesen Vorschlägen konkret geworden ist und entsprechende Verantwortung übernimmt. Dies mit Ausnahme eines Vorschlags, auf den ich detaillierter eingehen werde.

Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP): Ich gliedere mein Votum in drei Teile: Zuerst eine kurze Situierung der Ausgangslage, dann möchte ich die zwischenzeitliche Arbeit des Gemeinderats würdigen und zum Schluss einige Worte zum vorliegenden Antrag abgeben.

Zur Ausgangslage: Der Gemeinderat präsentiert an der Sitzung vom 15. November 2010 einen Voranschlag 2011 mit einem gravierenden Aufwandüberschuss von 2,2 Millionen Franken. Noch schlimmer sieht die Analyse des Finanzplans bis 2015 aus. Gemäss diesem wird sich das Eigenkapital respektive der Bilanzfehlbetrag wie folgt entwickeln: Von heute rund 1,5 Millionen Franken Eigenkapital auf rund 13 Millionen Franken Schulden. Der Gemeinderat möchte somit in den nächsten 5 Jahren insgesamt 28 Millionen Franken über den Verhältnissen leben. Geld ausgeben, das nicht vorhanden ist. Mit einem realistischen Auftrag haben wir Bürgerliche der Gemeinde Köniz dem Gemeinderat das Budget in der Novembersitzung zurückgewiesen. In einem demokratischen Abstimmungsprozess ist die Rückweisung zustande gekommen. Ich wiederhole unseren eigentlichen Auftrag an den Gemeinderat: Durch ausgabenseitige Einsparungen im Personal- und Sachaufwand soll der Voranschlag 2011 ein Defizit von maximal 0,5 Millionen Franken ausweisen. Es geht somit um Einsparungen von rund 0,85 Prozent des Gesamtbudgets. Im Rahmen des Gesamtbudgets von rund 200 Millionen Franken sind dies somit Einsparungen im Milimeterbereich.

Zur Würdigung der geleisteten Arbeit: Was hat der Gemeinderat aus dem Auftrag gemacht? Er hat – gemäss seinem Bericht – beschlossen, dem Parlamentsbeschluss grundsätzlich Folge zu leisten. Weiter ist aber festzustellen, dass er auch Erhöhungen von Erträgen in die Verbesserungsvorschläge einbezogen hat. Der Bericht auf Seite 1 ist in den Augen der FDP-Fraktion leicht überheblich abgefasst. Der Gemeinderat hat die demokratischen Spielregeln nicht eingehalten. Auf jeden Fall hat er unseres Erachtens den Auftrag des Parlaments nicht ernst genug genommen. Sein Verhalten grenzt in unseren Augen deshalb an Arbeitsverweigerung. Anstatt den Auftrag auszuführen, hat er mit seinen Kürzungs- und Verbesserungsvorschlägen versucht, den Bürgerlichen den Schwarzen Peter zuzuschieben und so den Groll von Wirtschaft und Bevölkerung auf sie zu lenken. Zwei Beispiele: Die Beiträge an die Musikschule und die

Musikgesellschaften sollen um die Hälfte gesenkt werden und bei der Teilkonferenz Wirtschaft möchte er abseits stehen. Er sieht vor, die Gebühren für Tages- und Anwohnerparkkarten zu erhöhen, was in seiner Kompetenz liegt. Im Namen der Bürgerlichen hätte ich gerne gewusst, wann der Beschluss für die Erhöhung der Tages- und Anwohnerparkkarten im Gemeinderat gefällt worden ist. Anscheinend sind diese Gebührenerhöhungen bereits mitgeteilt worden. Ganz neu für uns ist, dass die Gemeinde die Anschaffung von zusätzlichen so genannten Blechpolizisten – eine neue Radarmessanlage – ins Auge fasst, um damit die Einnahmen zu erhöhen. Bis anhin ist immer argumentiert worden, Radaranlagen seien da, um die Verkehrssicherheit, die Sicherheit von Fussgängern, insbesondere von Schulkindern, zu erhöhen. Im Namen der Bürgerlichen hätte ich gerne gewusst, ob die Blechpolizisten bereits bestellt sind. Schlussendlich hat der Gemeinderat versucht, die Bürgerlichen auseinander zu dividieren, damit der vorliegende Antrag durchgewinkt wird. Ob dies gelungen ist, werden wir bei der Schlussabstimmung sehen.

Die spitze Feder, die der Gemeinderat bei der Erstellung diverser Medienmitteilungen verwendet, ist deplatziert und hat uns enttäuscht. Er hätte seine Energie besser in die Erfüllung seines Auftrags gesteckt.

Die Stellungnahme zum vorliegenden Antrag: Die FDP-Fraktion wird den Antrag des Gemeinderats ablehnen, Begründungen dazu habe ich genügend abgegeben. Wir haben das Vertrauen in den Gemeinderat aber noch nicht ganz verloren, weil er zwischenzeitlich versprochen hat, dass die von der FDP-Fraktion mittels Motion geforderte parlamentarische Finanzkommission im Februar 2011 im Parlament beraten werden soll. Ab 1. April 2011 soll die Finanzkommission ihre Arbeit aufnehmen können. Die Gemeinde Köniz wird dann mit einer professionellen Finanzpolitik starten können. Wir vertrauen dem Gemeinderat auch im Hinblick auf seine Aussage, dass er gewillt ist, die fehlenden 0,3 Millionen Franken im Verlauf von 2011, soweit neue Erkenntnisse vorliegen, einzusparen. Im Wissen dieser beiden Aussagen, haben wir in unserem bürgerlichen Antrag das Defizit des Gemeinderats von 800'000 Franken übernommen. Ziel der FDP-Fraktion ist und bleibt, den Voranschlag 2011 durch sachliche Finanzpolitik und die Finanzplanung für die kommenden Jahre ausgeglichen gestalten zu können, damit keine Steuererhöhungen ins Auge gefasst werden, sondern dass Steuersenkungen möglich bleiben.

Anna Mäder trifft um 19.15 Uhr ein.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion hat am 15. November 2011 die Rückweisung des Voranschlags 2011 unterstützt. Die Rückweisung war mit drei Anliegen verbunden: Erstens sollen Signale gesetzt werden, dass das Budgetdefizit zu hoch und eine vollständige Abtragung des Eigenkapitals nicht sinnvoll ist. Zweitens sind die Einsparungen im Personal- und Sachaufwand vorzunehmen. Drittens sollen die Kürzungen durch die professionelle Stufe – den Gemeinderat – vorgenommen werden. Wir sind der Meinung, dass die operative Stufe am besten entscheiden kann, wo Einsparungen im Sinn der Gemeinde vorgenommen werden können. Bereits an dieser Sitzung war spürbar, dass die Rückweisung beim Gemeinderat wenig Freude, Abwehrhaltung und zum Teil sogar Unmut erzeugt hat. Vor wenigen Tagen haben wir nun den revidierten Voranschlag 2011 erhalten, der aber nur zu einem kleinen Teil die mit der Rückweisung verbundenen Rahmenbedingungen akzeptiert. Das Ziel, ein Maximaldefizit von 0,5 Millionen Franken, ist nicht erreicht worden und die Vorgaben, wo eingespart werden soll, sind schlicht negiert worden. Im Gegenteil, im Wesentlichen sind Ertragserhöhungen bzw. indirekte Steuern vorgeschlagen worden. Der Gemeinderat hat damit seine Hausaufgaben nicht gemacht. Auf mich wirkt das grundsätzlich störend. Es ist aber besonders störend, weil hinter der deutlichen Ablehnung nicht ein Nichtkönnen, sondern eher ein Nichtwollen steht. Nichtwollen oder fehlendes Commitment zur Aufgabe im obersten Führungsgremium stösst bei mir mit meinem Erfahrungshintergrund schlicht auf Unverständnis. Erstens weil der Beschluss des Parlaments gemäss den geltenden Spielregeln ordentlich zustande gekommen ist. Zweitens sitzen hier im Parlament auf einer Linie ungefähr 1 Million Franken Lohnsumme von Köniizer Steuerzahlern. Ich bin der Meinung, dass mehr erwartet werden darf. Drittens gibt die oberste Führung der Gemeinde damit ein Signal an ihre Mitarbeitenden und die ganze Verwaltung, wie mit den Aufträgen der Steuerzahlenden umgegangen werden kann. Das ist schade. Ich hoffe, dass der Gemeinderat diesen Eindruck schnell wieder korrigiert.

Nach dieser Einschätzung haben die bürgerlichen Parteien Alternativvorschläge ausgearbeitet und sich erlaubt, gewisse Kompromisse einzugehen. Wir weichen deshalb etwas vom ursprünglich anvisierten Ziel von 0,5 Millionen Franken ab, setzen qualitativ aber klare Signale. Ich bitte die Parlamentsmitglieder, dem Vorschlag der Bürgerlichen zuzustimmen.

Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP): Mit der Rückweisung des Voranschlags 2011 am 15. November 2010 hat der Gemeinderat einen Auftrag erhalten und uns nun einen neuen Voranschlag unterbreitet. Mit dem nun vorliegenden Voranschlag 2011 hat der Gemeinderat diesen Auftrag klar nicht erfüllt. Gefordert worden sind Einsparungen im Personal- und Sachaufwand. Das hat der Gemeinderat nicht vorgenommen, sondern er hat lediglich einnahmenseitige Verbesserungen vorgeschlagen. Zudem hat er dort Einsparungen vorgenommen, wo es der Bevölkerung direkt weh tut, z. B. im Winterdienst oder bei Beiträgen für Musikgesellschaften und das Jugendorchester oder bei Ökobeiträgen, die aber aus rechtlichen Gründen nicht möglich sind, weil die Verträge noch laufen. Einnahmenseitig hat er Gebührenerhöhungen vorgenommen, wie die Erhöhung der Grabenaufbruchgebühren, der Einwohner- und Tagesparkkarten oder höhere Busseneinnahmen, die in der Kompetenz des Gemeinderats sind. Mit diesem Vorgehen ist die SVP-Fraktion gar nicht einverstanden. An unserer Fraktionssitzung sind wir deshalb zum Schluss gekommen, zusammen mit der FDP- und der BDP-Fraktion einen Vorschlag auszuarbeiten, der Ihnen heute auf Ihren Pulten vorliegt. Ich nehme hier nicht Stellung zu den einzelnen Konten und Beträgen, das wird in der Detailberatung der Fall sein.

Die SVP-Fraktion wird den Antrag einstimmig unterstützen.

In meiner Funktion als Fraktionspräsident der SVP möchte ich es nicht unterlassen, Gemeindepräsident Luc Mentha und Finanzverwalter, Thomas Pfyl, herzlich für die beiden für die Fraktionspräsidien sehr informativen Sitzungen zu danken, die jeweils frühmorgens im Gemeindehaus organisiert worden sind. An diesen Sitzungen sind wir jeweils aus erster Hand informiert worden.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der Grünen Köniz stimmt dem Voranschlag 2011 gemäss den Anträgen des Gemeinderats zu und beantragt keine Änderungen. Die Grünen vertrauen dem Gemeinderat, dass er die Finanzen mit dem Stabilisierungsprogramm ins Lot bringen wird. Verärgert bin ich über die Ratsrechte, die sich als alleinige Hüterin von gesunden Finanzen aufspielt. Der Rückweisungsantrag vom 15. November 2010 und die neuen Änderungsanträge haben in meinen Augen mehr mit Sparhysterie als mit seriöser Finanzpolitik zu tun. So weist der Antrag der rechten Parteien ein grösseres Defizit aus als der Antrag des Gemeinderats. In meinen Augen geht es hier mehr um die Klientel der Partei, d. h. um ihre Parteigesundheit, als um die Gesundheit der Könizer Finanzen. Die Finanzsituation ist kritisch, aber nicht ausweglos und im Vergleich zu anderen Städten eigentlich harmlos. Der Gemeinderat hat seine Strafaufgaben aus unserer Sicht gut gelöst. Ich habe Verständnis dafür, dass er die Aufgaben mit Augenmass umgesetzt hat. Er hat das Defizit mit einnahmen- und ausgaben-seitigen Massnahmen um 1,4 Millionen Franken verkleinert, was wir als richtig erachten. Die Überprüfung hat auch positive Aspekte, so ist z. B. die Grabenaufbruchgebühr rechtzeitig vor dem Bauboom für die Einführung von Glasfaserkabeln erhöht worden. Wir stimmen der Erhöhung der Parkkartengebühren zu, diese hätte sogar noch höher ausfallen können. Vermehrte Radarmessungen sind aus unserer Sicht sinnvoll, sie erhöhen die Gemeindeeinkünfte, aber auch – was viel wichtiger ist – die Verkehrssicherheit. Wir Grünen werden aber nicht mithelfen, allfällige zusätzliche kurzfristige Aufgabenkürzungen im Personalbereich zu unterstützen. Solche lehnen wir mittelfristig nicht grundsätzlich ab, sie müssen jedoch mit der notwendigen Sorgfalt und in Absprache vorgenommen werden. Sparanstrengungen in der Höhe von etwa 2,3 Millionen Franken tun weh, sie sind in unseren Augen trotzdem notwendig. So befürworten wir z. B. – auch wenn es wehtut – den Ausbaustopp in der Schulsozialarbeit, wobei das Nein zum weitergehenden Ausbau nicht ein Nein für die Schulsozialarbeit bedeuten soll, sondern ein Ja für deren Optimierung. Uns ist klar, dass in Zukunft weitere Sparanstrengungen nötig sind. Ab April 2010 wird die Finanzkommission an der Arbeit sein, die für uns das richtige Organ ist, um das Stabilisierungsprogramm vertieft und seriös zu begleiten.

Fraktionssprecher Hugo Staub (SP): Zum Voranschlag habe ich mich an der Sitzung vom 15. November bereits geäussert. Ich wiederhole einige Stichworte dazu: Der Voranschlag 2011 ist nicht toll, der Finanzplan ist nicht gut. Das Stabilisierungsprogramm ist die erste Hälfte der richtigen Antwort auf diese Situation und die Einsetzung einer Finanzkommission die zweite. Mit diesen Massnahmen müssen wir dafür besorgt sein, die Einnahmen und Ausgaben in den nächsten Jahren ins Lot zu bringen. In der Vorbereitung zur heutigen Sitzung habe ich versucht, eine Chronologie zusammenzustellen: Am 15. November 2010 ist der Voranschlag 2011 zum ersten Mal vorgelegen. Niemand wollte so recht Freude an einem Budget mit 2,27 Millionen Franken Aufwandüberschuss haben. Die Hälfte des Parlaments mit Stichtscheid des Parlamentspräsidenten wies den Voranschlag 2011 mit dem Auftrag an den Gemeinderat zurück, das Defizit auf 0,5 Millionen Franken zu reduzieren. Seither ist viel gewendet und gedreht worden, vom Gemeinderat, von den Parteien. Heute, am 13. Dezember 2010 liegt uns wiederum

ein Budget vor, an dem niemand so recht Freude haben will. Trotz Wenden und Drehen ist immer noch ein Defizit vorhanden und dies trotz zusätzlichen Einnahmen. Wie gross darf das Defizit sein? Der Gemeinderat hat uns vorgeschlagen, es dürfe 801'621 Franken betragen. Die SP/JUSO-Fraktion, aber auch die Bürgerlichen, haben dem Gemeinderat widersprochen. Die SP/JUSO-Fraktion will ein Defizit von 700'621 Franken. Die drei betreffenden Anträge, die insgesamt 101'000 Franken ausmachen, liegen auf Ihren Pulten auf. Die Bürgerlichen haben den Vorschlag des Gemeinderats auch kritisiert. Sie schlagen ein Defizit von 878'121 Franken vor. Dazu liegt uns eine Liste vor. Man kann nun der Meinung sein, alles liege zahlenmässig nahe beieinander, vom Geist her ist dies aber nicht der Fall. Die SP/JUSO-Fraktion will die Prävention an den Schulen, ausgesteuerte Arbeitslose und die regionale Zusammenarbeit verschonen. Die Bürgerlichen wollen die Musikgesellschaften, die Laternenparkierer und die Temposünder verschonen. Zudem haben die Bürgerlichen einen etwas strengeren Winter budgetiert, was zurzeit naheliegend ist. Addiert man diese Zahlen, beträgt das Defizit von 1,278 Millionen Franken, d. h. es ist viel schlechter als jenes des Gemeinderats. Erst mit der Aufwandreduktion im Personalaufwand von 400'000 Franken – rund 1 Prozent weniger – liegt der Voranschlag der Bürgerlichen bei rund 800'000 Franken. Ich veranschauliche, um welche Beträge es sich handelt: Wenn man bei der Position 400 im Voranschlag 2011, Einkommens- und Vermögenssteuern, plus 1 Prozent budgetieren würde, wäre der Voranschlag 2011 ausgeglichen. Was lernen wir daraus? Der Rückweisungsauftrag war nicht erfüllbar, das hat die second opinion der Bürgerlichen eindeutig bestätigt. Nun sollen wir zügig daran gehen, die Korrekturvorschläge der Parteien und des Gemeinderats zu diskutieren. Ich bitte Sie, ausgesteuerte Arbeitslose nicht schlechter zu behandeln als Verkehrsdelinquenten.

Barbara Thür (GLP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist mehrheitlich für die Akzeptanz der Budgetkürzungen und Mehreinnahmen – wenn auch mit wenig Freude – gemäss dem Antrag des Gemeinderats. Wir sind froh, dass die bürgerliche Seite ihre Vorschläge nun wesentlich differenzierter vorlegen wird. Es besteht nun gute Aussicht darauf, ein Budget für 2011 zu verabschieden, was uns sehr wichtig ist. Weiter anerkennen wir auch, dass sich die bürgerliche Seite in Bezug auf die Defizithöhe und die Breite der Massnahmen deutlich bewegt hat. Grundlegend ist zu bemerken, dass die hier vorliegenden Vorschläge zwar budgetwirksam scheinen, auf die Rechnung jedoch fast keinen Einfluss haben werden. Wir sind nach wie vor weit entfernt von einer klaren Steuerung von Leistungen, welche mit Steuer- und Gebührenfranken finanziert werden. Eine schmerzliche Sparübung kann zwar gefordert werden, in der Realität ist zumindest zurzeit niemand dazu bereit. Unsere Fraktion will eine Strategie, der eine fundierte Abklärung und Verzichtsplanung zugrunde liegt. Eine würdige Strategie beinhaltet nach unserer Auffassung keine Schnellschüsse in einem Kampf um einige zehntausend Franken. Die wirksamste Art, den Steuerfranken optimal einzusetzen führt nach wie vor über jene Personen, welche direkt entscheiden und dies im Hinblick auf den Nutzen für die Könizer Bevölkerung. Betreffend den Einsparungen im Personalaufwand ist sich unsere Fraktion einig: Die Einsparungen sind gleich Null. Betreffend Budgetzahlen sind wir uns nicht ganz einig: Eine Minderheit vertritt die Ansicht, dass ein um 400'000 Franken reduzierter Wert genauer ist, da in den letzten Jahren die Personalkosten in der Rechnung immer tiefer waren als budgetiert. 2007 um 26'000 Franken, 2008 um rund 1,1 Millionen Franken und 2009 knapp 1,1 Millionen Franken. Die Fraktionsmehrheit sieht darin aber ein falsches Signal an die Verwaltung. Obwohl die Personalkosten ein vordergründig attraktives Ziel zum Sparen abgeben, sind wir der Meinung, dass das nicht ohne seriöse Verzichtsplanung durchgeführt werden kann. Das auch, weil wir davon überzeugt sind, dass der grosse Teil der Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung Köniz motiviert und effizient arbeitet und verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgeht. Wären schwarze Schafe vorhanden, ist dieses Problem aus unserer Sicht nicht mit Budgetkürzungen zu lösen, sondern mit Führungsmassnahmen. Solche Sparschnellschüsse demotivieren verantwortungsvolle Mitarbeitende und lassen eine ernsthafte, effektive Planung nicht zu. Allerdings muss fairerweise bemerkt werden, dass trotz einer allfälligen Kürzung des Personalkredits die Personalkosten im Voranschlag 2011 gegenüber jenem von 2009 trotzdem steigen würden. Wir sind überzeugt, dass das Stabilisierungsprogramm auch dank dem geplanten Einsatz der Finanzkommission ab 2011 greifen wird. Das mit einer seriösen Verzichtsplanung und einer Aufgabenüberprüfung. Im Sinn eines effizienten Sitzungsablaufs werden wir in der Detailberatung zu den einzelnen Anträgen keine Voten mehr halten, sondern wie folgt abstimmen: Der grösste Teil der Vorschläge des Gemeinderats wird von der CVP/EVP/GLP-Fraktion grossmehrheitlich unterstützt. Die Kürzung bei der Teilkonferenz Wirtschaft werden wir nicht unterstützen. Die Kürzung bei den Personalkosten wird grossmehrheitlich nicht unterstützt.

Detailberatung

Franziska Keller (BDP): Verschiedene Votanten haben bereits erwähnt, dass sich die Bürgerlichen bewegt haben. Wir – die bürgerliche Seite – haben folgende Kürzungsanträge vom Gemeinderat übernommen: 70'000 Franken Reduktion Beförderungssumme, 24'000 Franken Optimierung Personal, 40'000 Franken Teilverzicht/Finanzierung Liftunterhalt, Kiesabbau Wangental, 25'000 Franken Verzicht Fahrzeugbeschaffung öffentliche Beleuchtung, der Unterhaltsbedarf bei der baulichen Seite ergibt nochmals Einsparungen von 25'000 Franken, 15'000 Franken Kostenreduktion bei Landschaft und Grünanlagen, 20'000 Franken Stellenreduktion im Informatikzentrum Köniz-Muri, 40'000 Franken Einsparungen bei der Betriebshauptpflicht.

Neu liegt ein Kürzungsantrag von 400'000 Franken im Personalaufwand vor. Diese Kürzung wird von uns nicht beim Personal vorgenommen, sondern wir kürzen 400'000 Franken bei der Erhöhung des Personalaufwands. Der Personalaufwand im Voranschlag 2011 ist gegenüber der Rechnung 2009 um 3,6 Millionen Franken höher, d. h. der Personalaufwand ist um 8,19 Prozent gestiegen. Messen wir die Kürzung von 400'000 Franken daran, ergibt das immer noch eine Steigerung von 7,28 Prozent im Vergleich mit der Rechnung 2009. Das heisst, dass die Reserven weniger hoch sind.

Wir kommen zum zweiten Teil unserer Vorschläge: Wir übernehmen die Verbesserungen des Gemeinderats und auch hier weichen wir von unserem ursprünglichen Auftrag ab. Wir übernehmen den Verbesserungsvorschlag, kostendeckende Grabenaufbruchgebühren von 150'000 Franken ins Budget 2011 aufzunehmen. Wir übernehmen, die Reduktion eines geschützten Arbeitsplatzes erst ab Herbst anstatt Frühling 2011. Wir übernehmen die Erhöhung des Beitrags des Kantons für zusätzliche Tagesschulen von 200'000 Franken. Wir übernehmen die Anpassung der Einnahmen von 40'000 Franken bei der Verwaltungspolizei. Wir übernehmen auch die Reduktion der freiwilligen Beiträge an Landschaft und Naturobjekte von 40'000 Franken. Wir verzichten auf 200'000 Franken bei der Investitionsplanung aufgrund neuer Erkenntnisse im Investitionsbereich. Werden diese Zahlen addiert, beträgt das Budget noch 878'000 Franken. Zu Hugo Staub: Im Vorschlag des Gemeinderats muss der Fehlbetrag von 60'000 Franken hinzugezählt werden. Wenn wir ganz korrekt rechnen würden, betrüge das Budgetdefizit somit 861'000 Franken. Das macht eine Differenz von 18'000 Franken aus, was nicht mehr matchentscheidend ist. Die Bürgerlichen werden nicht zu den einzelnen Posten Stellung nehmen, sondern im Sinn dieses Pakets abstimmen.

Hugo Staub (SP): Die SP/JUSO-Fraktion hat folgende drei Vorschläge für Verzicht auf Einsparungen, die Ihnen schriftlich vorliegen: Wir wollen auf die Einsparung von 55'000 Franken bei der Schulsozialarbeit verzichten, auf die Einsparung von 26'000 Franken infolge des Verzichts auf die Teilnahme bei der Teilkonferenz Wirtschaft und auf die Einsparung von 20'000 Franken beim Verein Fraktion.

Parlamentspräsident Christian Burren: Ich liess die formelle Detailberatung für den Fall abhalten, dass konkrete Fragen hätten beantwortet werden können. Wir können aber beschliessen, darauf zu verzichten und die Anträge direkt zu diskutieren. Ihnen liegt eine Liste von Änderungsanträgen der Bürgerlichen und der SP/JUSO-Fraktion vor.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Zum Teil sind von den Rückweisungsbefürwortern nun harte Worte gefallen. Sie kongruieren jedoch nicht mit der Tatsache, dass von dieser Seite ein Sparpaket mit einem Defizit von rund 800'000 Franken vorgeschlagen wird. Ich möchte das jedoch nicht weiter werten. Der Fraktionssprecher der FDP sagt, der Gemeinderat wolle über seine Verhältnisse leben und bis 2015 28 Millionen Franken Verlust in Kauf nehmen. Diese Äusserung erfolgt wider besseres Wissen. Wir haben an unzähligen Sitzungen erklärt, wie der Finanzplan zu verstehen ist. Es handelt sich um einen Befund, der aufzeigt wo Handlungsbedarf vorhanden ist. Der Gemeinderat hat bereits vor Monaten erklärt, dass er dieser Entwicklung mit einem Stabilisierungsprogramm entgegenwirken will. Ich muss diese Äusserung deshalb in aller Form als unqualifiziert und unsachlich zurückweisen. Ansonsten bin ich der Meinung, befinden wir uns auf einem konstruktiven Weg.

Parlamentspräsident Christian Burren: Vorgesehen ist Folgendes: Wir beraten die Änderungsanträge des Gemeinderats, die Anträge der SP/JUSO-Fraktion und jene der bürgerlichen Seite gemäss Kontennummern in aufsteigender Reihenfolge.

Martin Graber (SP): Ich habe einen Änderungsantrag zum Vorschlag von Parlamentspräsident Christian Burren: Unser Antrag betreffend das Konto 3650 ist nicht auf einer Liste aufgeführt.

Parlamentspräsident Christian Burren: Dieses Konto ist auf der Liste vom 29. November 2010 nicht aufgeführt, aber auf der aktuellen Änderungsliste vom 13.12.2010 und wird beraten.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Beförderungssumme von Fr. 70'000.-- (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird einstimmig beschlossen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 24'000.-- (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird mehrheitlich beschlossen.

Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal

Christoph Salzmann (SP): Dass das Personal das wichtigste Kapital einer Firma oder Verwaltung ist, sagen auch viele private Unternehmen. Das gilt auch für die Gemeinde Köniz. Wir haben engagiertes, motiviertes Personal, das vielfach mit einem inneren Feuer an die Arbeit geht. Das ist in der GPK bei den Sachgeschäften zu spüren, aber auch jeweils anlässlich der Verwaltungsbesuche. Der Gemeinderat bewirtschaftet den Personalbestand im Grossen und Ganzen straff. Er hebt Stellen auf, wenn Aufgaben wegfallen. Einige Beispiele sind im Voranschlag 2011 beim Bauinspektorat und bei der Einwohnerkontrolle ausgewiesen. Wir stellen hier fest, dass der Gemeinderat diszipliniert handelt. Dass der Personalaufwand für 2011 recht knapp budgetiert worden ist, hielt der Gemeinderat an der GPK-Sitzung fest. Er rechnet damit, dass 2011 keine Aufwandminderungen eintreten werden wie in den letzten Jahren. Der Spielraum ist somit eng. Der vorliegende Antrag von der bürgerlichen Seite beruht auf Spekulationen in Bezug auf allfällige Vakanzen – d. h. dass Stellen einige Wochen oder Monate nicht besetzt werden können – wie bei Termingeschäften, wo auf steigende oder sinkende Erdöl- oder Getreidepreise spekuliert wird. Der Gemeinderat kann nicht auf solche Vakanzen spekulieren. Wenn der Antrag der bürgerlichen Seite angenommen wird, müsste der Gemeinderat vakante Stellen bewusst einige Wochen oder Monate unbesetzt lassen, um die 400'000 Franken einzusparen. Auf einen ersten Blick mag dies genial sein, weil die Bevölkerung davon nichts bemerkt. Wenn aber bei allfälligen Telefon- oder Schalterkontakten festgestellt werden muss, dass das Personal ausgelaugt und resigniert ist, wird die Schuld für diesen Zustand wahrscheinlich der Gemeinde angelastet und nicht dem Parlament, das am Anfang dieser Ursachenkette steht. In den Augen der SP/JUSO-Fraktion ist der Antrag auf Kürzung von 400'000 Franken nicht sehr klug. Er berücksichtigt nicht, dass das Personal das wichtigste Kapital ist und die Kürzung an und für sich nur kosmetisch auf dem Papier steht. Sollten wirklich Vakanzen eintreten, erledigt sich das Problem von selber.

Ich bitte Sie, die Sache nochmals zu überdenken.

Franziska Keller (BDP): Eine formale Frage: Wir sprechen hier nicht über Konto 1050, sondern über Konto 30. Das Konto 1050.301 ist ein Konto des Gemeinderats.

Parlamentspräsident Christian Burren: Gemäss Auskunft von Finanzverwalter Thomas Pfyl ist das Konto 1050.301 richtig.

Rolf Zwahlen (EVP): Eine Präzisierungsfrage: Im Antrag der Bürgerlichen sind bereits Lohnreduktionen enthalten, die Einsparungen von 114'000 Franken ergeben. Besteht nun die Meinung, 400'000 Franken zusätzlich einzusparen? Ich weise darauf hin, dass sich in der Hochrechnung 2010 der Trend der letzten Jahre leider nicht fortsetzt, wo die Lohnkosten jeweils tiefer als veranschlagt gehalten werden konnten. Aus diesen Gründen ist eine Reduktion von 400'000 Franken unseriös und ich stelle den Antrag, das Konto 1050.301 nur um 200'000 Franken zu kürzen. Es handelt sich um einen Kompromiss, mit dem hoffentlich Befürworter und Gegner leben können.

Urs Maibach (Grüne): Die Fraktion der Grünen ist der Meinung, dass die ganze Budgetdiskussion nach wie vor auf sehr schwachen Füßen steht. Wir sind bei allen nun zu beratenden Positionen der Meinung, dass wir uns auf die Budgetvorgaben des Gemeinderats verlassen können. Wir sind auch überzeugt, dass es dem Gemeinderat mit dem Stabilisierungsprogramm gelingen wird, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Wir werden allen Anträgen des Gemeinderats zustimmen. Die Einsparung von 400'000 Franken im Personalaufwand ist ein Rundumschlag

und wir werden diesen Antrag ablehnen. Wir sind wieder gleich weit wie vor einem Monat: Niemand im Parlament sagt, wo wirklich eingespart werden soll. Uns muss allen bewusst sein, dass sich Budgetposten im Rahmen von 1 Prozent bewegen können. Hier stellt sich die Frage, ob eine Reduktion von 400'000 Franken überhaupt Sinn macht. Den Antrag von Rolf Zwahlen werden wir noch prüfen.

Martin Graber (SP): Zum Votum von Franziska Keller: Sie hat uns aufgezeigt, dass die Steigerung im Personalaufwand, verglichen mit der Rechnung 2009, sehr hoch ist. Im Voranschlag 2010 haben alle Bürgerlichen – ausgenommen die BDP, die damals noch nicht im Parlament vertreten war – der Steigerung der Personalkosten zugestimmt. Man hat uns diesen Effekt damals erklärt. Vergleicht man den Voranschlag 2010 mit dem vorliegenden, sinken die Kosten in diesem Bereich um knapp 2 Millionen Franken. Es ist in meinen Augen nicht seriös, wenn Sie erklären, es handle sich im Vergleich mit der Rechnung 2009 um eine massive Steigerung.

Ignaz Caminada (CVP): Zu den Voten von Christoph Salzmänn und Martin Graber: An der GPK-Sitzung wurde uns eine Hochrechnung präsentiert, gemäss jener der Personalaufwand 47,4 Millionen Franken auswies. Vergleichen wir den Personalaufwand aus der Rechnung 2009 mit 44,06 Millionen Franken mit dieser Hochrechnung, ist er zwischen Rechnung 2009 und Hochrechnung 2010 um 3,3 Millionen Franken – 7,7 Prozent – gestiegen. Diese Zahl nun wegzublenden und zu sagen, die Steigerung zwischen 2010 und 2011 sei marginal, irritiert mich. Wie bereits erklärt worden ist, waren in den Budgets 2008 und 2009 jeweils mehr als 1,1 Millionen Franken Reserven eingebaut.

Der Kürzungsantrag von 400'000 Franken bezieht sich meiner Meinung nach auf das Konto 30, Personalaufwand, und nicht auf das Konto 1050.301. Im Konto 1050.301 sind Löhne enthalten, die Sozialversicherungsbeiträge zur Folge haben. Wir können nicht das eine Konto etwas senken und beim anderen nichts bewirken; es ist alles miteinander verknüpft. Deshalb wurde der Antrag im Konto 30, Personalaufwand gestellt, so habe ich das verstanden.

Parlamentspräsident Christian Burren: Ich möchte diese Frage gleich jetzt geklärt haben und bitte den Finanzverwalter Thomas Pfyl oder Gemeindepräsident Luc Mentha um Erklärung.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Kürzungen aus allgemeinen Überlegungen in letzter Minute sind beim Konto des Gemeinderats vorgenommen worden, d. h. im Konto 1050.301. Verteilt worden sind die Kürzungen letztendlich über alle Konti. Die Kürzung wird also im Konto 30, Personalaufwendungen vorgenommen. Im Budget wird die Kürzung jedoch im Konto 1050.301 abgebildet. Der Finanzverwalter bestätigt diese Vorgehensweise.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich kann an sich gut verstehen, dass Sie gestützt auf die Analyse, dass in den Jahren 2008 und 2009 der Kredit für die Personalaufwendungen nicht aufgebraucht worden ist, der Meinung sein können, dass die Kürzung um 400'000 Franken im Voranschlag 2011 möglich ist. Diesen Teil verstehe ich einerseits gut. Andererseits ist der weitere Teil der Analyse von Franziska Keller und Ignaz Caminada nicht richtig: Auf Seite 7 des Voranschlags 2011 wird Bezug auf die Aufwandsteigerung aus der Rechnung 2009 von 44,1 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag 2011 von 47,6 Millionen Franken genommen. Im Jahr 2009 war der Buchhaltungskreis 5 noch nicht in den Zahlen integriert. Das ist aus der ganz klein geschriebenen Bemerkung unter der Quertabelle ersichtlich. Wollen Sie die Rechnung 2009 mit dem Voranschlag 2011 vergleichen, müssen Sie den Buchhaltungskreis 5 integrieren, das macht bei der Rechnung 2009 plus 2,3 Millionen Franken aus und somit beträgt die Abweichung zwischen Rechnung 2009 und Voranschlag 2011 2,4 Prozent. Die Hochrechnung 2010 ist nochmals verifiziert worden und daraus resultiert, dass wir rund 350'000 Franken mehr benötigen als für 2010 budgetiert worden ist, d. h. wir haben bereits für 2010 viel strenger budgetiert. Wir segeln viel härter am Wind. Wenn Sie hier nochmals 400'000 Franken kürzen, ist das aus unserer Sicht nicht seriös. Im Voranschlag 2011 sind neue Stellen für 900'000 Franken enthalten, alle auf den Seiten 7 und 8 aufgeführt. Diese neuen Stellen müssen geschaffen werden, weil zunehmende Fallbelastungen im Sozialwesen festzustellen sind und weil Tagesschulen obligatorisch werden. Einen wesentlichen Teil dieser Mehrkosten haben wir aufgefangen. Der Voranschlag 2011 steigt nicht um 900'000 Franken und darin enthalten ist eine Beförderungsrunde mit den entsprechenden Folgekosten. Wollen Sie die Kürzung im Personalaufwand um 400'000 Franken tatsächlich beschliessen, provozieren Sie den Gemeinderat zu Fehlentscheiden. Bei Kündigungen können Stellen unter Umständen nicht mehr besetzt werden und somit geht Know how verloren. Bei Stellenbesetzungen können wir nicht mehr die am besten

geeignete Person anstellen, sondern wir müssen uns für die jüngste – weil billigste – Person entscheiden, usw.

Aus diesem Grund bitte ich das Parlament, der beantragten Kürzung von 400'000 Franken nicht zuzustimmen. Der Gemeinderat – ich konnte mich in Bezug auf den Antrag von Rolf Zwahlen noch nicht mit ihm absprechen – ist auch der Meinung, dass auch diese beantragte Kürzung um 200'000 Franken nicht richtig ist, sie wäre aber das kleinere Übel. Wir haben im Bereich Personalkosten sehr sorgfältig und sehr restriktiv budgetiert. Die beantragte Kürzung von 400'000 Franken basiert auf einer fehlerhaften Analyse.

Rolf Zwahlen (EVP): Eine kleine Ergänzung zum Votum von Gemeindepräsident Luc Mentha: Die für 2011 neu zu schaffenden Stellen betreffen zur Hauptsache den Sozialbereich. Diese beeinflussen zwar die Lohnkosten, sind jedoch budgetneutral, weil sie in den Finanz- und Lastenausgleich gegeben werden können. Ich bitte Sie, diesen Umstand in Ihre Überlegungen miteinzubeziehen.

Ignaz Caminada (CVP): Ich komme auf unsere Analyse der Rechnungsjahre 2008 und 2009 zurück und kritisiere den Gemeinderat wie folgt: Die Schrift "Arial 3", mit welcher diese Bemerkung verfasst ist, ist doch etwas klein gewählt worden. Solche wichtige Bemerkungen für die Analyse einer Rechnung dürfen nicht mit einer so kleinen Schrift verfasst werden, auch nicht als Fussnote.

Ich bitte um Sitzungsunterbruch für einige Minuten.

Da mehr als 10 Stimmen dem Antrag auf Sitzungsunterbruch zustimmen, wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Parlamentspräsident Christian Burren: Da der Sitzungsunterbruch keine neuen Erkenntnisse gebracht hat, die mitgeteilt werden müssen, wird nun zuerst der Antrag der Bürgerlichen auf Kürzung von 400'000 Franken im Personalaufwand dem Antrag von Rolf Zwahlen auf Kürzung von 200'000 Franken gegenübergestellt.

Beschluss

Dem Antrag für eine zusätzliche Kürzung des Personalaufwands von Fr. 400'000.00 (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird zugestimmt.
(abgegebene Stimmen: 20 für eine Kürzung von Fr. 400'000.00, 19 für eine Kürzung von Fr. 200'000.00)

Parlamentspräsident Christian Burren: Der Beschluss des Parlaments auf Kürzung von 400'000 Franken im Personalaufwand wird nun dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt, der keine Kürzungen vorsieht.

Beschluss

Die zusätzliche Kürzung im Personalaufwand von Fr. 400'000.00 (Konto 1050.301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal) wird beschlossen.
(abgegebene Stimmen: 20 für die Kürzung, 19 gegen die Kürzung)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 40'000.00 (Konto 1050.318, Dienstleistungen und Honorare) wird einstimmig beschlossen.

Konto 1050.365 Eigene Beiträge, Private Institutionen

Hugo Staub (SP): Ich bin froh, haben sich die Bürgerlichen diesem Antrag angeschlossen. Ich verzichte darauf, die Ihnen vorliegende Begründung nochmals zu erklären, möchte Sie jedoch im Protokoll aufgeführt haben: "Die Wirtschaftsförderung in der Region Bern ist bisher nicht wirklich eine Erfolgsgeschichte. Nun steht aber ein Neustart zur Diskussion, den die Gemeinde Köniz nicht verpassen sollte. Köniz ist neben der Stadt Bern der wichtigste Arbeitsplatzstandort der Region Bern und kann dazu beitragen, dass die Wirtschaftskonferenz eine wichtige Einrichtung der Region wird. Wir erwarten, dass der Gemeinderat sich mit der Region für Köniz und für die Region engagiert. Wir erwarten aber auch, dass er nach spätestens 2 bis 3 Jahren Bilanz zieht und sich aus der Wirtschaftskonferenz zurückzieht, wenn die Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Wichtig erscheint uns auch, dass die Gemeinde Köniz wegen einer Einsparung

von Fr. 26'000.00 keine falschen Signale an die Regionspartner sendet. Der Schaden für die Gemeinde Köniz lässt sich nicht in Franken und Rappen beziffern. Wir meinen, dass Köniz eine aktive Rolle in der Region besser ansteht als das Image einer Trittbrettfahrer- und Rosinenpicker-Gemeinde."

Urs Maibach (Grüne): Die Fraktion der Grünen ist nach wie vor der Ansicht, dass die Herumschieberei von einzelnen Beträgen – hier 10'000 Franken mehr, da 20'000 Franken weniger – nicht richtig ist. Wir beharren auf dem Antrag des Gemeinderats und vertrauen darauf, dass dieser richtig ist. Wir sind der Ansicht, dass die Teilnahme bei der Teilkonferenz Wirtschaft ohne Weiteres um ein Jahr hinausgeschoben werden kann. Das auch, weil zurzeit die ganze Konstituierung der Teilkonferenz Wirtschaft noch nicht sehr klar ist. Die Fraktion der Grünen Köniz wird sich dem Antrag des Gemeinderats auf Nichtbeitritt anschliessen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Der Vorschlag des Gemeinderats auf Nichtbeitritt ist durch die Rückweisung des Voranschlags 2011 provoziert worden. Es handelt sich de jure um eine neue Aufgabe. Auf den Ihnen unterbreiteten Kürzungsantrag sind nun diverse Feedbacks an den Gemeinderat gelangt, von der Regionalkonferenz, von der Stadt Bern, aber auch von der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, die sich sehr negativ zu einem allfälligen Nichtbeitritt der Gemeinde Köniz äussern. Der Beitritt wäre ohnehin nicht auf Jahre hinausgezögert worden, sondern für ein Jahr, weil wir einen Sparbeitrag für den Voranschlag 2011 leisten wollten. Wir müssen unserem Image in der Region und gegenüber dem Kanton Bern Sorge tragen und wir haben Verständnis dafür, dass nicht der Eindruck entstehen soll und darf, dass wir so genannte "Rosinenpicker" sind. Aus dieser Sicht halte ich den Antrag formell aufrecht, der jedoch unter dem Druck der Rückweisung angebracht worden ist.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 26'000.00 (Konto 1050.365, Eigene Beiträge / Private Institutionen) wird abgelehnt.
(abgegebene Stimmen: 3 für die Kürzung, 36 für den Antrag gegen die Kürzung)

Konto 1400.365, Kultursekretariat

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Dieser Vorschlag des Gemeinderats ist eine Folge des Rückweisungsbeschlusses und contre coeur gefasst worden und nicht nachhaltig gemeint. Die Kürzung hätte höchstens für ein Jahr Gültigkeit. Wir hatten nie die Absicht, die Beiträge für die Musikgesellschaften und das Jugendorchester auf Dauer zu halbieren. Die Arbeit dieser Organisationen wird vom Gemeinderat positiv gewürdigt. Wir hatten den Eindruck, dass eine Halbierung der Beiläge für ein Jahr tolerierbar wäre. Bei Härtefällen in einzelnen Musikgesellschaften hätten über Projektbeiträge gewisse Abfederungsmassnahmen getroffen werden können. Der Gemeinderat hat aber Verständnis für die Ablehnung des Antrags.

Christian Roth (SP): Dieser Antrag ist in der SP/JUSO-Fraktion intensiv diskutiert worden. Wir haben keinen Antrag auf Kürzung gestellt. Auch wir wollen die Arbeit der Könizer Musikgesellschaften und des Jugendorchesters in keiner Art und Weise schmälern.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Beiträge an die Könizer Musikgesellschaften und den Jugendorchesterverein um Fr. 21'000.00 (Konto 1400.365, Eigene Beiträge / Private Institutionen) wird abgelehnt.
(abgegebene Stimmen: 2 für die Kürzung, 37 für den Antrag gegen die Kürzung)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Reduktion der Abschreibungen von Fr. 200'000.00 (Konto 1720.331, Verwaltungsvermögen, harmonisierte Abschreibungen) wird ohne Gegenstimme beschlossen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 40'000.00 (Konto 2620.314, Teilverzicht Finanzierung Liftunterhalt, Kiesabbau Wangental) wird ohne Gegenstimme beschlossen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 150'000.00 (Konto 2620.434, Andere Benützungsgewehren und Dienstleistungen, Grabenaufbruchgewehren) wird ohne Gegenstimme beschlossen.

Konto 2640.313 Winterdienst Dienstleistungen und Honorare

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich gebe die Haltung des Gemeinderats zu den beiden den Winterdienst betreffenden Konti bekannt: Namentlich bei der Kürzung im Konto 2640.313 hoffen wir auf einen milden Winter, der uns ermöglichen würde, dass die budgetierten Mittel genügen. Die Reduktion im Konto 2640.318 ist eine Standardreduktion und Teil des Stabilisierungsprogramms. Dieses Konto wird noch vertieft geprüft und Sie werden dann die Möglichkeit haben, sich zu äussern. Hier mache ich den Vorbehalt, dass die Frage einer langfristige Änderung im Standard der Schneeräumung vom Gemeinderat noch nicht definitiv entschieden ist.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Mittel für Verbrauchsmaterial im Winterdienst von Fr. 12'500.00 (Konto 2640.313) wird abgelehnt
(abgegebene Stimmen: 10 für die Kürzung, 20 für den Antrag gegen die Kürzung, 8 Enthaltungen)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung der Mittel für den Einsatz Winterdienst von Fr. 40'000.00 (Konto 2640.318) wird abgelehnt
(abgegebene Stimmen: 13 für die Kürzung, 20 für den Antrag gegen die Kürzung, 6 Enthaltungen)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 25'000.00 (Konto 2660.311, Anschaffung eines neuen Fahrzeugs für die öffentliche Beleuchtung) wird einstimmig beschlossen.

3300.366, DZ Sozialberatung, Eigene Beiträge / private Haushalte

Parlamentspräsident Christian Burren: Zu diesem Konto liegt der Antrag der SP/JUSO-Fraktion vor, auf diese Kürzung zu verzichten.

Christian Roth (SP): Die Begründung zu unserem Antrag liegt Ihnen schriftlich vor. Ich erläutere ihn kurz: Wir stellen aufgrund zweier vorliegender Probleme den Antrag, auf die Kürzung beim Verein Fraktio zu verzichten: Zum einen haben wir mit der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einen demokratisch legitimierten Entscheid auf nationaler Ebene gefällt. Dieses Gesetz wird per 1. April 2011 in Kraft gesetzt. Der heutige Informationsstand: Die Änderung wird ohne Übergangsfrist umgesetzt, d. h. wer am 1. April 2011 keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben wird, wird auf einen Schlag ausgesteuert. Das seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) hat Schätzungen gemacht, dass damit 10 bis 12 Prozent der Versicherten auf einen Schlag ausgesteuert werden, ausgenommen es kommt noch irgendeiner anderen Entscheid zustande. Ein bedeutender Teil der versicherten Erwerbslosen wird somit per 1. April 2011 ausgesteuert. Das wird auch die Gemeinde Köniz betreffen. Das andere Problem: Seit Jahren ist bekannt, dass Menschen die länger keine Arbeit haben weit weg vom Arbeitsmarkt sind. Je länger man von einer geregelten Tagesstruktur weg ist, umso schwieriger wird die Integration. In der Gemeinde Köniz werden Tagesstrukturplätze seit Jahren mit Erfolg geführt. Der Gemeinderat will nun die Aufstockung in den Herbst 2011 verschieben und das ist ein Problem. Die Lösung liegt darin, dass nun in Abstimmung mit der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Tagesstrukturplätze z. B. im Fraktio, bereits auf 1. Januar 2011, spätestens aber per 1. April 2011 aufgestockt werden. Mit einem Hinausschieben in den Herbst 2011 sparen wir wenig Geld, verlieren aber auf die Länge gesehen viel Geld. Wir stellen uns mit der Kürzung selber ein Bein, weil die Gefahr besteht, dass diese Sparmassnahme zusätzliche und wahrscheinlich höhere Kostenfolgen in sich birgt. Ich bitte Sie, diese Kürzung abzulehnen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Der Gemeinderat hat durchaus auch hier Verständnis für den Einwand der SP/JUSO-Fraktion. Wir widersprechen den von Christian Roth angebrach-

ten Überlegungen nicht grundsätzlich. Es entspricht auch der grundsätzlichen Haltung des Gemeinderats, dass es besser ist, wenn Sozialhilfeklienten so rasch als möglich wieder in der freien Wirtschaft Wurzeln schlagen können und nicht in der Sozialhilfe verbleiben. Wir haben jedoch – wiederum unter dem Eindruck der Rückweisung – gefunden, dass es knapp vertretbar ist, mit dem Aufbau der zusätzlichen Plätze erst im Herbst 2011 zu beginnen. Damit wird auch im Bereich Sozialwesen ein Sparbeitrag vorgeschlagen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 20'000.00 (Konto 3300.366, DZ Sozialberatung, Erhöhung Arbeitsplätze Verein Fraktio erst im Herbst 2011) wird beschlossen.
(abgegebene Stimmen: 21 für die Kürzung, 15 für den Antrag gegen die Kürzung, 2 Enthaltungen)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 85'000.00 (Konto 3640.460, Beiträge für eigene Rechnung/Bund, Erhöhung Beitrag Bund für zusätzliche Tagesschulen) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 200'000.00 (Konto 3640.461, Beiträge für eigene Rechnung/Bund, Erhöhung Beitrag Kanton für zusätzliche Tagesschulen) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

Konto 3650.310, Schulsozialarbeit

Martin Graber (SP): Weshalb Schulsozialarbeit wichtig ist und wie dort gespart werden kann, habe ich bereits an der Sitzung vom 15. November 2010 erläutert. Ich bitte Sie, in der Schulsozialarbeit nicht zu sparen. Ich mache einen Vergleich: Wenn wir hier sparen ist das wie wenn ein Autofahrer keine Winterpneus montiert. Natürlich hat er damit im Oktober Geld gespart und es kann auch eine Chance für ihn sein wieder zu lernen, wie man Schneeketten montieren muss. Spätestens aber nach den ersten Schneefällen spürt der Autofahrer, dass er am falschen Ort gespart hat. Ich bitte Sie, bei der Schulsozialarbeit nicht zu sparen und unseren Antrag zu unterstützen, damit die Schulsozialarbeit im Spiegel und in Schliern wie geplant eingeführt werden kann.

Urs Maibach (Grüne): Die Schulsozialarbeit liegt uns Grünen sehr am Herzen. Wir zeigen uns erfreut über die guten Resultate der Schulsozialarbeit. Wichtig ist zu erwähnen, dass die Einsparungen in der Schulsozialarbeit keine Einsparungen aufgrund des zurückgewiesenen Voranschlags sind, sondern bereits im ursprünglichen Voranschlag 2011 enthalten waren. Es handelt sich deshalb nicht um Einsparungen, sondern um nicht zu tätige Ausgaben. Es handelt sich nicht um eine Kürzung, sondern um die Vermeidung von weiteren Aufwanderhöhungen. Wichtig ist aber hier zu vermerken, dass das bisherige Niveau beibehalten wird. Uns Grünen geht es darum, die Schulsozialarbeit nochmals zu überdenken, die bestehende Situation richtig zu beurteilen und allenfalls Optimierungen zu erreichen. Die Fraktion der Grünen wird der Erhöhung der Schulsozialarbeit mehrheitlich nicht zustimmen. Ich betone aber, dass wir die Sache weiterverfolgen werden und sobald sich in den Optimierungsmassnahmen der Schulsozialarbeit zeigt, dass trotzdem zusätzlicher Bedarf vorhanden ist, werden wir dem zustimmen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Der Gemeinderat steht zur Schulsozialarbeit. Die Gemeinde Köniz ist in diesem Bereich Pioniergemeinde. Wir sind überzeugt von der positiven Wirkung. Bereits im zurückgewiesenen Voranschlag 2011 haben wir aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten vorläufig ein Moratorium beschlossen. Inzwischen ist bekannt, dass der Kanton Empfehlungen macht, wie viele Schulsozialarbeitende an einer Schule tätig sein sollten. Gemäss diesen Empfehlungen fehlen uns hier rund 20 Stellenprozente. Deshalb ist das Moratorium beschlossen worden und macht Sinn. Gemeinderat Ueli Studer wird die Situation ganzheitlich überprüfen und konzeptionelle Neuüberlegungen anstellen, wie die vorhandenen Ressourcen in der Schulsozialarbeit auf alle Schulen verteilt werden können.

Beschluss

Der Antrag auf Erhöhung des Aufwands für die Schulsozialarbeit um Fr. 55'000.00 (Konto 3650.310, Schulsozialarbeit, keine Erhöhung) wird abgelehnt (abgegebene Stimmen: 11 für den Antrag, 27 dagegen)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragten Mehreinnahmen von Fr. 40'000.00 (Konto 4300.431, Verwaltungspolizei, Gebühren für Amtshandlungen) werden ohne Gegenstimmen beschlossen.

4300.434, Verwaltungspolizei, Andere Benützungsgebühren

Heinz Engi (FDP): Ich komme zurück auf meine Frage, die der Gemeindepräsident noch nicht beantwortet hat: Wann ist der Beschluss für die Erhöhung der Gebühren gefällt worden?

Rolf Zwahlen (EVP): Tatsache ist, dass diese Gebührenerhöhung in der Kompetenz des Gemeinderats liegt und ich habe sehr viel Verständnis für die Bürgerlichen, dass sie für diese Erhöhung nicht ihren Kopf hinhalten wollen. Das ist in den Medien leider falsch dargestellt worden, denn diese Erhöhung ist bereits länger beschlossene Sache. Ich verstehe jedoch nicht, dass das Image von den Bürgerlichen nicht via Medien korrigiert wird. Diese Erhöhung gehört in den Voranschlag. Für mich ist nicht verständlich, wieso diese – bereits vor längerem durch den Gemeinderat gefasste Gebührenerhöhung – wieder aus dem Voranschlag 2011 gekippt werden soll. Eine Frage: Soll der Gemeinderat diesen Entscheid rückgängig machen? Dasselbe gilt auch für das Konto 4300.437, Bussen. Der Anschaffung eines neuen "Blechpolizisten" haben wir bereits zugestimmt und damit werden die Einnahmen im Bereich Bussen sicher erhöht.

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Dieser Sparvorschlag des Gemeinderats und auch die Beschaffung eines neuen Geschwindigkeitskontrollgeräts sind im Legislaturprogramm aufgeführt. Anlässlich der Diskussionen zur Anschaffung eines neuen "Blechpolizisten" wurde nicht dagegen votiert. Mit diesen beiden Vorschlägen macht der Gemeinderat nichts anderes als Legislaturziele vorzuziehen. In meinen Augen erhalten wir damit mehr Sicherheit zu einem früheren Zeitpunkt und das ist gut so. Gerade die Verkehrssicherheit wird von der Bevölkerung als grösstes Problem genannt. Ich möchte festhalten, dass diese beiden Vorschläge aus der Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) kommen, der Gemeinderat Urs Wilk (FDP) vorsteht. Wenn die Bürgerlichen den Antrag stellen, die genannten Änderungen nicht vorzunehmen, hinterfragen sie die Verbesserungsvorschläge ihres eigenen Gemeinderats. Meiner Meinung nach wird damit Gemeinderat Urs Wilk desavouiert.

Bernhard Bichsel (FDP): Nein, wir desavouieren niemanden. Ja, wir hinterfragen alle Direktionen kritisch. Ich halte fest: Wir haben Kenntnis von der Legislaturplanung genommen, jedoch nur teilweise zustimmend.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Der Entscheid für die Gebührenanpassungen ist im November 2011 gefällt worden. Der Vorschlag, diese Massnahme zu treffen, ist jedoch bereits viel früher als Vorschlag der zuständigen Direktion im Stabilisierungsprogramm aufgetaucht. In einem Entscheidungsworkshop haben wir zu all den vorgeschlagenen Massnahmen erste Entscheide getroffen und waren der Meinung, dass die Anpassung der Tages- und Anwohnerparkkarten vertretbar ist. Wir haben Quervergleiche mit anderen Städten und Gemeinden angestellt.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Erhöhung der Einnahmen von Fr. 117'000.00 (Konto 4300.434, Gebührenanpassung Tages- und Anwohnerparkkarten) wird abgelehnt. (abgegebene Stimmen: 19 für die Erhöhung, 19 für den Antrag auf Verzicht auf Erhöhung. Stichentscheid des Parlamentspräsidenten für den Antrag auf Verzicht auf Erhöhung)

4300.437 Verwaltungspolizei, Bussen

Rolf Zwahlen (EVP): Es handelt sich hier um die Aufnahme der Einnahmen des zusätzlichen halbstationären "Blechpolizisten" von 200'000 Franken im Voranschlag 2011 und nicht um die Zustimmung zu einer Gebührenerhöhung oder um die Anschaffung eines "Blechpolizisten".

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich bestätige die Worte von Annemarie Berlinger-Staub, dass es Teil des Legislaturprogramms ist, diesen halbstationären "Blechpolizisten" zu beschaffen. Zu diesem Legislaturprogramm haben Sie sich damals differenziert geäußert. Die Anschaffung des zusätzlichen "Blechpolizisten" ist nicht mit einem Wort erwähnt worden. Werden Einnahmen nicht budgetiert und fallen trotzdem an, sind keine zusätzlichen Beschlüsse nötig; die zusätzlichen Einnahmen sind einfach vorhanden. Die halbstationäre Geschwindigkeitskontrollanlage ist eine Beschaffung, die vom Gemeinderat beschlossen wurde. Es geht uns dort primär um die Sicherheit im Verkehr. Dass damit der Nebeneffekt von zusätzlichen Einnahmen verbunden ist, ist klar. Das ist mit dem Korrekturvorschlag ausgewiesen. Bei der Aufstellung von Radaranlagen halten wir uns an die Vorgaben, die beispielsweise der TCS als vertretbar betrachtet. Diese Anlagen sollen an neuralgischen Verkehrspunkten aufgestellt werden, wo schwache Verkehrsteilnehmer gefährdet sind und sollen im Voraus mit entsprechenden Signalen und Warnungen angekündigt werden. Wir sehen vor, diese Radaranlagen an heiklen Stellen – Schulwege, Alterseinrichtungen – aufzustellen und nicht an schikanösen Orten, wo eigentlich kein Sicherheitsproblem besteht. Ich bitte Sie, den Antrag der Bürgerlichen auf die Einnahmen zu verzichten, abzulehnen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragten Mehreinnahmen von Fr. 200'000.00 (Konto 4300.437) werden beschlossen.

(abgegebene Stimmen: 20 dafür, 18 für den Antrag auf Verzicht auf die Mehreinnahmen, 1 Enthaltung)

4300.434 Andere Benützungsgebühren

Ignaz Caminada (EVP)¹: Die Formulierung des Beschlusses zum Konto 4300.434 wurde so gewählt, dass ich dem Antrag auf Erhöhung der Einnahmen nicht zustimmen konnte. Wenn es sich aber – wie hier erwähnt worden ist – um zusätzliche Einnahmen handelt, die bereits beschlossen sind, kann ich nicht dagegen sein.

Ich stelle hiermit Rückkommensantrag zum Konto 4300.434.

Parlamentspräsident Christian Burren: Es geht darum, ob der Aufnahme in den Voranschlag 2011 der bereits beschlossenen Massnahme für die Erhöhung der Einnahmen von 117'000 Franken bei den Tages- und Anwohnerparkkarten im Konto 4300.434 zugestimmt wird oder nicht.

Heinz Engi (FDP): Ich bin der Auffassung, dass nun zuerst über den Rückkommensantrag abgestimmt werden muss.

Beschluss

Dem Rückkommensantrag wird entsprochen.

(abgegebene Stimmen: 20 dafür)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Aufnahme der Mehreinnahmen von Fr. 117'000.00 in den Voranschlag 2011 durch die Gebührenanpassung der Tages- und Anwohnerparkkarten (Konto 4300.434, Gebührenanpassung Tages- und Anwohnerparkkarten) wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: 19 Stimmen für Aufnahme, 18 Stimmen für Antrag auf Verzicht der Aufnahme, 2 Enthaltungen)

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 25'000.00 (Konto 4620.314, Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt, Einschränkung des vermehrten Unterhaltsbedarfs, Reduzierung des Standards) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 15'000.00 (Konto 5130.314, Landschaft und Grünanlagen, Dienstleistungen Dritter für baulichen Unterhalt, Kosten für Grünflächen- und

¹ An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

Baumpflege gemäss Verpflichtungskreditkontrolle reduzieren) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 40'000.00 (Konto 5130.366, Landschaft und Grünanlagen, eigene Beiträge/private Haushalte, Reduktion der freiwilligen Beiträge an Landschaft und Naturobjekte) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

Beschluss

Die vom Gemeinderat beantragte Kürzung von Fr. 20'000.00 (Konto 5700.301, Informatikzentrum, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, Stellenreduktion) wird ohne Gegenstimmen beschlossen.

Parlamentspräsident Christian Burren: An dieser Stelle machen wir unsere Pause, in welcher der ordentliche Antrag wie er nun aufgrund der einzelnen Kontenkorrekturen entstanden ist, zusammengestellt und ausgedruckt wird.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

Parlamentspräsident Christian Burren: Auf Ihren Pulten liegt nun der bereinigte Antrag vor. Die Abstimmung erfolgt nur noch über diesen Antrag und die Erhebung der Steuern und der Hundetaxe gemäss Antrag des Gemeinderats

Beschluss

1. Das Parlament genehmigt den bereinigten Voranschlag der Laufenden Rechnung 2011, der bei einem

Gesamtertrag von	Fr. 201'030'537.00
und einem Gesamtaufwand von	Fr. 201'591'658.00
einen Aufwandüberschuss von	Fr. 561'121.00

ausweist.

2. Im Jahr 2011 sind folgende Steuern zu erheben:

- die ordentliche Gemeindesteuer im 1.49-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze
- die Liegenschaftsteuer von 1.2 ‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft
- die Hundetaxe von Fr. 100.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund.

(abgegebene Stimmen: 29 für Annahme des Voranschlags 2011, gemäss dem bereinigten Antrag des Gemeinderats, 10 dagegen)

4. Förderung des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK)

Reglement, Verpflichtungskredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsident Christian Burren: Mit den Sitzungsakten ist Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden sowie der Entwurf des neuen Reglements. Folgendes Vorgehen: Nach dem GPK-Referenten folgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten, die Detailberatung des Reglements und die Schlussabstimmung.

GPK-Referent Andreas Lanz (BDP): Zuerst zwei Punkte zu den Ihnen vorliegenden Unterlagen. Der erste Punkt: Der Titel lautet "Förderung des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK) und dort ging das wichtige + verloren, richtig sollte der Titel lauten: "Förderung des Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK+). Der zweite Punkt: Beilage 2 ist nicht vorhanden.

Zu den Grundlagen des Geschäfts: Als erste Grundlage für die Förderung des GEAK+ in der Gemeinde Köniz dient die vom Parlament zur Kenntnis genommene Energiestrategie. Darin ist das Ziel formuliert worden, den Wärmebedarf der Gebäude bis 2035 um 20 Prozent zu reduzieren. Für diese Zielerreichung müssten pro Jahr ungefähr 190 Wohngebäude saniert werden. Zurzeit sind wir bei einer Quote von 80 Gebäuden pro Jahr. Wir haben also ein Defizit. Für die Zielerreichung ist diese Förderungsmassnahme eingeleitet worden. Als zweite Grundlage dient die Motion 0611 (Pestalozzi, GB, GFL) "Erneuerbare Energie", die erheblich erklärt worden ist, auch damit sind Fördermassnahmen vorgesehen. Die wichtigste Grundlage ist aber die Exis-

tenz des GEAK+ überhaupt, der im August 2009 definitiv ins Leben gerufen worden ist. Der GEAK+ der Kantone sieht vor, dass Gebäude einer energetischen Analyse unterzogen werden und aufgrund dieser entsprechende Sanierungsvorschläge gemacht werden. Dadurch sollen die Hausbesitzer motiviert werden, energetische Sanierungsmassnahmen durchzuführen.

Zur Geschichte des Geschäfts innerhalb der Gemeindeverwaltung: Innerhalb der Gemeindeverwaltung ist bereits einmal eine solche Fördermassnahme diskutiert worden. Man sah vor, auf drei Jahre verteilt ungefähr 500'000 Franken für Fördermassnahmen einzusetzen. Eine zweite abgespeckte Variante wurde ausgearbeitet. Uns liegt heute die dritte Variante vor, die für die nächsten drei Jahre 180'000 Franken kostet – 60'000 Franken pro Jahr –, die jeweils in den Voranschlägen enthalten sind. Sonst sind keine zusätzlichen Mittel vorgesehen. Einsparungen werden erreicht, indem weniger Grundlagenarbeit geleistet wird und weniger Berichte erstellt werden. Die vorhandenen Mittel werden für effektive Fördermassnahmen eingesetzt.

Der GEAK+ ist ein Mittel zur Beurteilung des Energiebedarfs eines Gebäudes. Die Energieklassen A bis G – analog der Energieklassen bei z. B. Kühlschränken oder Autos – sind bekannt. Zusammen mit den Sanierungsvorschlägen bietet der GEAK+ die Grundlage für ein umfassendes Sanierungskonzept eines älteren Gebäudes. Der GEAK+ wird durch einen zertifizierten GEAK-Experten erstellt. Man rechnet mit einem Aufwand von zwei bis drei Tagen für die Erstellung. Der GEAK+ muss eine vertiefte Bestandesaufnahme der Haustechnik enthalten, der Gebäudehülle und die Problempunkte eines Gebäudes. Er muss einen detaillierten Massnahmenkatalog enthalten mit Priorisierung, Etappierung und auch mit Grobkosten, damit bekannt ist, mit welchen Kosten was bei einer allfälligen Sanierung erreicht werden kann. Er muss weitere Angaben zu den Fördergeldern enthalten, sowie jene Massnahmen, die effektiv umgesetzt werden und Angaben, wo allenfalls Steuervorteile und wo bei Banken Zinsvergünstigen möglich sind.

Einige Worte zum Reglement: Ein Reglement ist deshalb notwendig, weil Gelder ausbezahlt werden. Darauf gehe ich nicht näher ein. Das Reglement sieht ein zweistufiges Verfahren vor. Als ersten Schritt die Zusicherung der Mittel für den Hausbesitzer und in einem zweiten Schritt wird, wieder auf Gesuch hin, die Auszahlung geregelt. Ganz wichtig ist Art. 5 des Reglements, wo es darum geht, wann die Mittel ausbezahlt werden. Einerseits muss innerhalb von zwei Jahren nach der Zusicherung des Betrags ein Antrag für die Auszahlung gestellt werden. Dafür muss der GEAK+ vorliegen und mindestens eine förderungswürdige Sanierungsmassnahme muss umgesetzt worden sein. Dies, damit mit der Umsetzung auch etwas erreicht wird. Die Förderbeiträge sind unterschiedlich: Für Ein- oder Zweifamilienhäuser 800 Franken bei angenommenen GEAK+-Kosten von 1'000 bis 1'400 Franken und für Mehrfamilienhäuser 1'200 Franken bei angenommenen GEAK+-Kosten von 1'400 bis 2'000 Franken. Das Ganze soll per 1. Januar 2011 starten und Ziel ist, 50 GEAK+-Sanierungen pro Jahr zu fördern.

Zu den Kosten: Ich habe bereits erwähnt, dass pro Jahr 60'000 Franken für die nächsten drei Jahre im Voranschlag enthalten sind. Wir genehmigen einen Verpflichtungskredit für drei Jahre. Das Geschäft ist in der GPK beraten und anhand einer Checkliste geprüft worden. Es ist plausibel nachvollziehbar. Die Nachhaltigkeit ist gegeben. Einerseits kann es positive Auswirkungen auf die Wirtschaft haben und andererseits auf die Ökologie sowie, infolge der Verbesserung der Wohnqualität, auch gesellschaftlich. Etwas schwieriger ist die Beurteilung der Nachhaltigkeit der Finanzierung, dies weil noch keine Erfahrungen mit den Fördermassnahmen für den GEAK+ vorhanden sind. Wir haben uns hier einer Beurteilung enthalten.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft zu genehmigen und den GEAK+ sowie die GEAK+-Förderungen einzuführen.

Ich gebe an dieser Stelle gleich noch die Haltung der BDP-Fraktion bekannt: Die BDP-Fraktion empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Es schafft aus unserer Sicht Anreize für die energetische Sanierung von Gebäuden. Das entspricht unseren Parteizielen, wir wollen die Energieeffizienz verbessern. Es nimmt auch die Hausbesitzer in die Pflicht, Fördermassnahmen zu tätigen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich antworte auf zwei Fragen, die uns in der Zwischenzeit gestellt worden sind. Wir haben die Frage erhalten, ob der GEAK+ auch für andere Gebäudekategorien als Wohngebäude vorgenommen werden kann. Das ist nicht der Fall. Die Definition ist in Art. 4 des Reglements klar geregelt. Nur Wohngebäude können für einen GEAK+ geprüft werden. Hier lehnt man sich an die Konzeption des GEAK auf Bundesebene an, die zurzeit nur für Wohngebäude geltend ist. Im neuen kantonalen Energiegesetz ist in Art. 36 die Einführung des GEAK geregelt. Auch hier nur für Wohnbauten. Der Grosse Rat lehnte es ab, dem Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, den GEAK in Abstimmung mit anderen Kantonen auf weitere Gebäudekategorien auszudehnen. Deshalb stützen wir uns im Gemeindereglement auf die Vorgaben von Bund und Kanton und unterstützen den GEAK+ nur für Wohnbau-

ten. Die zweite Frage betrifft die Vornahme der Wirkungskontrolle. Wir sehen vor, jedem Gesuch einen Fragebogen beizulegen, damit ersichtlich ist, wie die eingesetzten Mittel effektiv gebraucht worden sind. Wir möchten damit abschätzen können, wie viel CO₂ eingespart werden kann. Wir versuchen, auch den volkswirtschaftlichen Effekt abzuschätzen.

Parlamentspräsident Christian Burren hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Mir sind zwei Punkte aufgefallen. Im Internet kostet der GEAK+ für ein Einfamilienhaus 400 bis 600 Franken, für ein Mehrfamilienhaus 500 bis 800 Franken. Ich will den vorher genannten Preis nicht infrage stellen, es fragt sich nur, welche Leistung man dafür erhält. Wer überprüft ausserdem, welche Leistung hinter den genannten 1'000 bis 1'400 Franken, respektive 1'400 bis 2'000 Franken für Mehrfamilienhäuser steckt? Weiter fehlt mir, dass im Reglement nichts über allfällige durchzuführende Workshops enthalten ist, damit der grosse Teil der Bevölkerung zur Vornahme von Sanierungen animiert wird. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den vorliegenden GEAK+ im Rahmen eines befristeten Angebots. Wir unterstützen Anreizsysteme im Bereich des Umweltschutzes. Ein Gebäudeenergieausweis ist ein gutes Mittel, die Hausbesitzer in die Eigenverantwortung zu nehmen und sie darin zu bestärken. So schafft der Ausweis in erster Linie Transparenz, was positiv für den Markt ist. Zudem ist es damit leicht möglich, mit dem Beratungsbericht Sanierungsmassnahmen anzugehen. Wir begrüssen sehr, dass die Gemeinde nur Beiträge ausrichtet, wenn entsprechende Sanierungsmassnahmen umgesetzt werden. Gezielte Förderungen anstelle des Giesskannenprinzips können wir sehr unterstützen. Gerne möchten wir den Gemeinderat auf die neuesten Überlegungen der ETH Zürich aufmerksam machen. Diese bewegen sich zurzeit etwas weg von den Minergielabels und den Energieeffizienzstandards. Sie verfolgen vermehrt einen Zero-Emission-Ansatz, d. h. es geht nicht mehr so sehr um die Effizienz, sondern vermehrt um die Gesamtbilanz. Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat, diesen Aspekt bei der Auswertung des Programms zu berücksichtigen und zudem ermahnen wir den Gemeinderat, die versprochene Kostenneutralität sicherzustellen.

Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP): Der Gebäudeenergieausweis wird seit Beginn von der einen Seite gelobt und von der anderen heftig kritisiert. Vor allem Hausbesitzer, die Angst vor der Wahrheit haben, sind gegen ein früher einmal geplantes Obligatorium dieses Ausweises. Die Gemeinde Köniz schlägt für die Förderung des Gebäudeausweises mit dieser Vorlage eine andere Variante vor. Dafür dankt die CVP/EVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat und der Verwaltung. Es ist ein kleiner Beitrag für die Gemeinde Köniz, für jeden Hausbesitzer kann es jedoch eine Motivationsspritze sein. Wenn dadurch Hausbesitzer zusätzlich Sanierungsmassnahmen gemäss den Bedingungen des GEAK umsetzen, haben wir eine perfekte Win-Win-Situation. Die Gemeinde Köniz hat sich mit ihrer Energiestrategie unter anderem das Ziel gesetzt, den Energieverbrauch in der Gemeinde zu reduzieren. Mit den bereits genannten 800 respektive 2'000 Franken kommt die Gemeinde diesem Ziel näher und damit werden immer mehr Hausbesitzer zu bewussten Energiekonsumenten. In der Fraktion haben sich zwei Fragen gestellt, die ich an den Gemeinderat weitergebe: Was passiert erstens, wenn eine Person im Nachgang des Gebäudeenergieausweises die Radikaltour einschlägt, das alte Haus abreisst und ein Minergiehaus realisiert? Gemäss Reglement würde hier die Gemeinde die genannten 800 Franken nicht auszahlen, weil die Person keine Massnahmen gemäss Gebäudeprogramm umsetzt. Wir können der Meinung, dass wer genügend Mittel für einen Hausneubau hat, diese zusätzlichen 800 Franken nicht benötigt. Das gilt aber auch bei kleineren Sanierungen, wo schnell einmal einige zehntausend Franken verbraucht sind. Die Realisierung eines Minergiehauses ergibt auch eine Win-Win-Situation. Wenn die Gemeinde bereit wäre, auch hier 800 Franken auszurichten, müsste schon heute ein Antrag für eine Reglementsänderung eingebracht werden. Wichtig ist, dass die Gemeinde Köniz im Nachgang zur heutigen Debatte – sofern die Abstimmung positiv ausfällt – auf ihrer Homepage eine aktuelle Liste von zertifizierten GEAK-Experten aus der Gegend publiziert. Diese Dienstleistung dient allen, die eine solche Beratung veranlassen wollen. Unsere zweite Frage: Ist die Publikation einer solchen Liste vorgesehen?

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Fraktion der Grünen unterstützt die Vorlage des Gemeinderats und das Reglement für den Gebäudeenergieausweis GEAK+. Dies aus drei Gründen: Erstens kann die Gemeinde Köniz mit wenig Geld dazu beitragen, dass grosse

Investitionen ausgelöst werden. Mit 800 bzw. 1'200 Franken kann die Gemeinde Anstoss für Investitionen geben, die schnell einmal das Zehn- bis Fünfzigfache des Betrags ausmachen. In der Beilage 1, IB-Bericht Seite 3, ist ersichtlich, was solche Massnahmen auslösen können. Die Förderung des lokalen Gewerbes, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wird reduziert und das führt zu einer CO₂-Reduktion. Ich spreche hier nicht nur von einer Win-Win-Situation, sondern von einer Triple-Win-Situation. Zu den Kosten des GEAK: Heinz Nacht hat festgestellt, dass die Kosten für den GEAK+ im Internet billiger aufgeführt sind als vom Gemeinderat im Bericht erwähnt. Heinz Nacht meint damit aber den GEAK und nicht den GEAK+ mit Beratungsteil. Dieser ist teurer, weil der Aufwand grösser ist. Zweitens wird mit dem GEAK+ eine Gesamtanalyse von Gebäuden vorgenommen. Es geht um die Frage, wo mit dem kleinsten Aufwand die grösste Wirkung erzielt werden kann. Mit der Förderung des GEAK+ lenkt die Gemeinde die Hausbesitzer in genau diese Richtung und das ist in unseren Augen sehr wichtig. Ein Beispiel: Wenn ein Hausbesitzer die Idee hat, eine Warmwassersolaranlage zu realisieren, kann er eine Offerte einholen und diese bauen lassen. Wenn er aber einen GEAK+ erstellen lässt, würde ersichtlich, dass mit der Isolation der Estrichdecke mit wenig Geld viel Erdöl eingespart werden könnte. Drittens ist die Vorlage budgetneutral. In der Stadt Bern sind meines Wissens vor zwei Jahren 2 Millionen Franken für ein Gebäudeprogramm bewilligt worden. Ganz entscheidend ist in unseren Augen, dass über diese Möglichkeiten breit informiert wird, damit die Hausbesitzer möglichst Gebrauch von diesem Angebot machen und die effizientesten Massnahmen umsetzen. Wichtig ist auch, dass die Banken die energietechnischen Massnahmen finanzieren. Sie stehen klimapolitisch in der Pflicht und wir hoffen, dass sie diese Verantwortung annehmen.

Die Debatte ist insgesamt sehr erfreulich. Die FDP-Fraktion unterstützt Anreizsysteme. Spannend ist in unseren Augen auch die Diskussion, ob ein Haus möglichst dick eingepackt und dafür weniger geheizt werden soll oder ob mehr in die Haustechnik investiert werden soll, um die vorhandene Umweltwärme besser ausnützen zu können.

Insgesamt handelt es sich um eine "Fördermassnahme light", gemäss dem Motto: Wenig Aufwand, viel Ertrag. Wir hoffen, dass dem Geschäft zugestimmt wird.

Fraktionsprecher Christian Roth (SP): Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen, hat jedoch noch einige Fragen. Richtig ist in den Augen der SP/JUSO-Fraktion, dass sich die Gemeinde an die Umsetzung der beschlossenen Energiestrategie macht. Wichtig für die vorgesehene Senkung des Wärmebedarfs um 20 Prozent sind Massnahmen. Ebenso wichtig scheint uns eine jährlich erhebliche Einsparung von Erdöl. Richtig ist auch, dass die Hausbesitzer über die Energieeffizienz und die energetischen Sanierungsmöglichkeiten ihrer Häuser informiert werden sollen. Das ist mit einem standardisierten Bericht möglich, der in diesem Sinn Vergleichsmöglichkeiten zulässt. Wir haben Fragen zu folgenden zwei Punkten: Gelingt es erstens mit dem vorliegenden Vorschlag – die Förderung des GEAK+ mit Beratung – wirklich, die Lücke bis zum Ziel von 110 sanierten Gebäuden zu schliessen? Wir fragen uns zweitens, ob die im Reglement aufgenommenen Beträge wirklich genügen, um den Anreiz für die Erstellung eines GEAK+ zu schaffen, der dann zu Sanierungen führt. Dies im Wissen darum, dass die Kosten für die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen erheblich höher sind. Auf jeden Fall ist für die SP/JUSO-Fraktion wichtig, dass die Sanierungsmassnahmen aus dem GEAK-Massnahmenkatalog massgebend genug sind. Kann es sein, dass jemand, nachdem der GEAK+ erstellt worden ist, mit dem Einsetzen von Aquaclic-Spardüsen bereits einen Beitrag auslösen kann? In unseren Augen muss eine Kriterienliste, die sicherstellt, dass erhebliche Sanierungen getätigt werden, klar definiert sein.

Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass der Schritt grundsätzlich in die richtige Richtung geht und stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Heinz Nacht (SVP): Die Variante von Ignaz Caminada – der Abriss von so genannten Energieschleudern und die Erstellung eines Minergiehauses – ist in meinen Augen eine Variante, sicher aber nicht die beste. Wird jeder günstige Wohnraum, der noch vorhanden ist, aus energietechnischen Gründen abgerissen anstatt saniert, sind in der Gemeinde Köniz keine günstigen Wohnungen mehr vorhanden. Eines der Legislaturziele ist aber, den günstigen Wohnraum so gut als möglich zu erhalten.

Martin Graber (SP): Ich muss die Minne hier im Parlament etwas stören. Ich habe einen GEAK+ erstellen lassen, weil ich mein Haus sanieren will. Ich glaube aber nicht, dass der GEAK+ für die Gemeinde ein so tolles Geschäft ist, denn ich bezahle in diesem und im nächsten Jahr keine Steuern. Sanierungen sind notwendig, aber machen wir uns nichts vor, für die Gemeinde entstehen Mindereinnahmen, weil Steuergelder fehlen.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Wenn Martin Graber sein Haus saniert hat, wird es im Wert deutlich steigen und deshalb sind dann höhere Liegenschaftssteuern fällig. Mit unserer Motion 0903 "Ökologische Liegenschaftsteuer", die im Parlament leider keine Mehrheit gefunden hat, wollten wir genau das vermeiden.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Zuerst danke ich für die gute Aufnahme des neuen Weges den wir beschreiten wollen: Hin zu Anreizen und hin zur Umsetzung.

Zu den Fragen: Heinz Nacht fragte, ob ein Workshop möglich sei. Wir planen die Durchführung solcher Workshops mindestens einmal im Jahr, vielleicht auch zweimal. Klar ist, dass in diesem Bereich in die Kommunikation investiert werden muss. Heinz Nacht hat ausserdem die Frage gestellt, wie die Qualität des GEAK-Berichts geprüft werden kann. Die Fachstelle Energie wird eine Liste von GEAK-Experten erstellen und zusammen mit ihnen die GEAK prüfen. Damit besteht ein Pool aus Fachleuten für die Prüfung der Angaben.

Bernhard Bichsel hat auf die Diskussion der ETH in Bezug auf erneuerbare Energien und Minergie hingewiesen. Diese ist sehr interessant und wird von uns mit Interesse verfolgt. Für uns ist wichtig, dass Massnahmen getätigt werden. Ob dies der Ersatz einer Erdölheizung ist oder das Einpacken eines ganzen Hauses, wichtig ist, dass CO₂ eingespart wird.

Die Frage von Ignaz Caminada betreffend Abriss anstatt Sanierung ist interessant. Was wird bezahlt, wenn anstatt der Sanierung der Totalabriss eines Gebäudes vorgenommen wird? Im neuen kantonalen Energiegesetz ist das in Art. 59a klar geregelt: Finanzhilfen können bei einem Abriss in der gleichen Höhe gewährt werden, wie für eine Sanierung. Ich übernehme die Anregung aus dem Votum von Ignaz Caminada, dass wir uns darüber Gedanken machen. Ich schlage vor, im Reglement – so es heute verabschiedet wird – Ergänzungsartikel dazu einzufügen. Die Liste der GEAK-Experten wird auf der Homepage aufgeschaltet.

Zu Christian Roth: Wir werden alles daran setzen, die Lücke in der Zielerreichung zu schliessen. Das ist der Anreiz, den wir setzen wollen. Wir erstatten auch Bericht darüber. Wir haben lange überlegt, ob die Anreize genügen. Wir sind der Meinung, mit den Ihnen vorliegenden Massnahmen zu beginnen. Sollten Änderungen notwendig sein, werden wir wieder vors Parlament gelangen. Wir haben den Eindruck, auch im Vergleich mit anderen Städten, dass wir "dabei" sind.

Beschluss

Das Reglement über Beiträge für Gebäudeenergieausweise der Kantone (GEAK+) mit Beratungsbericht wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

5. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme und Beschlussfassung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Christian Burren: Sie haben den Bericht und Antrag des Gemeinderats zu diesem Geschäft erhalten.

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Üblicherweise nimmt das Parlament Kenntnis von Kreditabrechnungen. Bei der hier vorliegenden Kreditabrechnung "Liebefeld, Umgestaltung Waldeggstrasse" ist das anders. Zusätzlich zur Kenntnisnahme ist die Bewilligung eines Nachkredits in der Höhe von 115'000 Franken durch das Parlament notwendig. Wie ist es dazu gekommen? Im Jahr 2004 herrschte in Köniz eine gewisse "Swisscom-Euphorie", ist es doch gelungen, den Hauptsitz von Swisscom Mobile in die Gemeinde zu holen. Aufgrund des hohen Zeitdrucks ist der Kreditbeschluss für die Erschliessung Weissenstein/Neumatt vor den Verhandlungen mit den anderen Parteien gefasst worden. Der Perimeter war jedoch anschliessend juristisch nicht durchsetzbar. Der Gemeinderat hat zwar in seinem Beschluss vom 17. November 2004 gegenüber dem Antrag der Verwaltung noch eine Ziffer 3b eingefügt, dass das Projekt erst dann ausgelöst werden darf, wenn der Betrag von 115'000 Franken gemäss Erschliessungsvertrag wirtschaftlich sichergestellt ist. Diese Auflage ist jedoch nicht eingehalten worden. Ändern daran lässt sich nichts mehr, der "Zaster ist ausgegeben". Diese Kreditabrechnung ist ein Ausnahmefall und die Verantwortlichen sind nicht mehr bei der Gemeindeverwaltung tätig. Gemeindepräsident Luc Mentha hat sich bei der GPK dafür entschuldigt. Es sind keine weiteren

Massnahmen ergriffen worden oder geplant und die vorhandenen Kontrollmechanismen sollten genügen, dass solches nicht mehr vorkommt.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsident Christian Burren hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Ursula Wyss (Grüne): Ich habe mich in der Budget-Debatte zurückgehalten, muss jedoch hier das Wort ergreifen. In meinen bisher 10 Jahren als Parlamentsmitglied habe ich schon viele Kreditabrechnungen gesehen, eine wie die hier vorliegende jedoch noch nie. Uns liegt eine Kreditüberschreitung von 100 Prozent vor. Das Ganze ist eine Farce, denn das Geld ist längst ausgegeben. Hier haben alle Kontrollmechanismen versagt, der damalige Projektleiter hat sich über einen Gemeinderatsbeschluss hinweggesetzt und eigenmächtig gehandelt. Seine Vorgesetzten haben dies entweder zugelassen oder nicht bemerkt. Alles Lamentieren nützt nun nichts mehr, es ist passiert, das Geld und die betroffenen Personen sind weg. Viel interessanter ist in meinen Augen die Frage, was vorgenommen werden soll, damit solches nicht mehr passiert. Deshalb möchte ich vom Gemeinderat wissen, welche Kontrollmechanismen sicherstellen, dass seine Beschlüsse bis in die untersten Stufen korrekt umgesetzt werden. Die Fraktion der Grünen wird den Kredit mehrheitlich ablehnen, dies im Wissen darum, dass es nichts nützt. Die Ablehnung soll als Protest gegenüber einem schludrigen Umgang mit Gemeinderatsbeschlüssen und mit Steuergeldern verstanden werden.

Thomas Verdun (SVP): Ich schliesse mich meinen Vorrednern an. Es ist müssig, über bereits verschüttete Milch zu diskutieren. Die SVP-Fraktion nimmt von der Kreditabrechnung mehrheitlich zustimmend Kenntnis und stimmt dem Nachkredit zu. Aber, es darf in Zukunft nicht mehr geschehen, dass Gemeinderatsbeschlüsse eigenmächtig durch die Verwaltung missachtet werden.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Wie ich bereits in der GPK festgehalten habe, ist dem Gemeinderat die Situation nicht recht. Ich entschuldige mich auch hier im Namen des Gemeinderats für das Vorkommnis. Die Konsequenzen in zukünftigen Vorfällen liegen auf personalrechtlicher Ebene. Im vorliegenden Fall können keine personellen Konsequenzen gezogen werden, weil die betroffenen Personen nicht mehr hier arbeiten. Der GPK-Referent hat richtig geschildert, dass die Situation damals speziell war. Swisscom-Mobile hat sich entschieden, ihren Sitz in die Gemeinde Köniz zu legen. Das Projekt ist unter grösstem Tempodruck realisiert worden, denn die Gemeinde Köniz war nicht die einzige Gemeinde, die um den Standort kämpfte. In der zuständigen Abteilung war man schlussendlich der Meinung, den Abschnitt vor dem Swisscom-Gebäude auch noch zu sanieren und damit wurden klare Regeln verletzt.

Beschluss

Das Parlament nimmt teilweise zustimmend Kenntnis von der Kreditabrechnung zu folgendem Objekt: Liebefeld, Umgestaltung Waldeggstrasse
(abgegebene Stimmen: 14 für zustimmende Kenntnisnahme, 19 für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 5 für ablehnende Kenntnisnahme)

Beschluss

Das Parlament bewilligt folgenden Nachkredit:
Fr. 115'455.10 zu Lasten Konto Nr. 242.501.0279 (Liebefeld, Umgestaltung Waldeggstrasse)
(abgegebene Stimmen: 38 für Annahme, 3 für Ablehnung)

6. Regionalkonferenz: Beitritt Teilkonferenz "Wirtschaft"

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

GPK-Referent Rolf Zwahlen (EVP): Ich danke dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Aus der GPK-Sitzung sind folgende Informationen anzubringen: Die Plattform Wirtschaftsförderung besteht bereits seit Jahren und über deren Wirkung lässt sich durchaus streiten. Nun wird sie hoffentlich als Teilkonferenz innerhalb der Regionalkonferenz neu in Schwung gebracht. Die aufgelisteten Leistungen, die durch die Teilkonferenz Wirtschaft erbracht werden, dürfen nur als Ergänzung zu den Anstrengungen der Gemeinde Köniz betrachtet werden. Sinn-

volle Einsparungen aufgrund der Mitgliedschaft bei der Teilkonferenz Wirtschaft in Köniz selber dürfen nicht erwartet werden. Die Nachhaltigkeit steht und fällt mit der Entwicklung der Plattform. Mit der jetzt bestehenden wäre dies durchaus fraglich.

Zu den Finanzen: Der Jahresbeitrag 2010 ist bereits bezahlt worden. Dieser könnte theoretisch bestritten werden, da die Gemeinde Köniz offiziell nicht Mitglied ist. Nach Treu und Glauben wäre dies jedoch nicht zu verantworten. Für 2011 sind im Voranschlag 26'000 Franken eingestellt.

Die Ausgangslage für die Abstimmung in der GPK war etwas schwierig und hypothetisch, weil davon ausgegangen worden ist, dass die Mitgliedschaft anlässlich der Budgetdebatte für 2011 hinfällig wird. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Beitritt zur Teilkonferenz Wirtschaft zustimmen. Wir hoffen, dass mit der Neuorganisation eine lebendige und wirkungsvolle Plattform geschaffen wird. Bei Nichterfüllung der Erwartungen soll zu einem späteren Zeitpunkt über einen Austritt entschieden werden.

Parlamentspräsident Christian Burren hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Im Frühling 2010 habe ich Ihnen im Zusammenhang mit meiner Interpellation zur Zusammenarbeit in der Region eine Karte gezeigt. Diese Karte zeigt auf, dass die Gemeinden schon längstens zu einem Wirtschaftsraum Gross-Bern zusammengewachsen sind. Daher macht eine Teilkonferenz Wirtschaft wirklich Sinn. Es wäre merkwürdig, wenn die Gemeinde Mülchi mit 237 Einwohnern dabei ist, die grösste Agglomerationsgemeinde Köniz jedoch nicht. Ich hoffe, dass die Wirtschaftskonferenz zum Fliegen kommt, wenn wir mittun. Dass sie vielleicht mehr Wirkung zeigen wird als das, was bis jetzt zu bemerken war. Ich hoffe auch, dass die Gemeinde Köniz mit ihrem Vertreter im Vorstand eine aktive Rolle spielen wird.

Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne): Die Fraktion der Grünen Köniz ist, wie bereits in der Budget-Debatte erwähnt, hier geteilter Meinung. Die Mehrheit unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Die Minderheit ist skeptisch, was die Teilkonferenz wirklich bringen wird. Sie hat sich auch gefragt, ob die regionale Wirtschaftsförderung nicht weiterhin auf Kantonsebene betrieben werden soll. Die Mehrheit anerkennt hingegen, dass die Teilkonferenz etwas Neues ist, das wichtig für den Raum Bern ist und auch erfolgreich sein kann. Das hängt jedoch auch davon ab, wie gut gearbeitet wird. Deshalb gewichtet die Fraktionsmehrheit stärker, dass die grösste Agglomerationsgemeinde dabei sein kann und das möglichst von Anfang an. Nur wenn man dabei ist, kann man sich einbringen, mitgestalten, Schwerpunkte setzen, usw. Das ist wichtig für die Gemeinde Köniz und den Wirtschaftsraum Bern.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäfts und ich bin nach der heutigen Debatte sehr froh, dass wir an diesem Punkt angelangt sind.

Beschluss

Das Parlament beschliesst, der Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern-Mittelland beizutreten.

(abgegebene Stimmen: 38 Stimmen für Beitritt, 1 Stimme dagegen)

7. 0611 Motion (Pestalozzi, GB, GFL) "Erneuerbare Energie"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Der Kernpunkt der Motion, die vor vier Jahren deutlich erheblich erklärt wurde, ist dass die Produktion von erneuerbarer Energie auf dem Gemeindegebiet wesentlich gesteigert werden soll. In der Motion steht, dass eingesparte Energie mit produzierter Energie gleichzusetzen ist, d. h. dass der Energieverbrauch wesentlich gesenkt worden sein müsste. Das ist aber gemäss unseren Informationen leider nicht der Fall. In ihrem Kernpunkt ist die Motion somit nicht erfüllt. Es ist aber nichts vorgenommen worden. Wir anerkennen, dass eine Energiestrategie erarbeitet worden ist und ein Energierichtplan in Vernehmlassung ist, Informationskampagnen sind durchgeführt worden. Heute haben wir eine Fördermassnahme "light" beschlossen, wo nicht sicher ist, ob sie wirklich den erwarteten Effekt bringt. In der

Legislaturplanung ist die Realisierung von Solardächern auf Schulhäusern vorgesehen, falls die finanziellen Mittel dafür freigemacht werden können. Es sind jedoch noch keine Reglementsänderungen durchgeführt worden, das wird in der Motion ausdrücklich gefordert. Die bisherigen Vertragsverhandlungen mit den BKW waren bisher negativ. Wir sind noch weit davon entfernt, dass die Produktion von erneuerbarer Energie oder die Einsparung von Energie eine ökonomisch rentable Investition darstellt. In dieser Beziehung kann und muss die Gemeinde Köniz noch viel unternehmen. Wer die Energiestrategie ernst nimmt und wer die vor 4 Jahren überwiesene Motion ernst nimmt und auch die Tatsache ernst nimmt, dass die Gemeinde Köniz zu 90 Prozent von fossilen Brennstoffen abhängig ist, darf die Motion nicht abschreiben. Wir bitten Sie, die Abschreibung abzulehnen, weil sie noch nicht erfüllt ist. Damit wird der Druck aufrechterhalten.

Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: 25 für Abschreibung, 12 dagegen)

8. 1014 Postulat (Grüne Köniz) "Zonen für Freiflächenanlagen für Solarstromproduktion"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der Grünen wird das Postulat erheblich erklären, der Abschreibung jedoch nicht zustimmen. Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort, die mit schon fast weihnächtlichen Bildern geschmückt ist. Unser Vorstoss wollte für eine auf uns zukommende raumplanerische Frage sensibilisieren. Dabei soll nicht vergessen werden, dass Fotovoltaikanlagen in erster Linie auf Gebäuden realisiert werden sollen. Fotovoltaikanlagen auf Dächern, die gut ausgerichtet sind, haben in der Schweiz ein grosses Potenzial. Damit könnte ein Viertel des in der Schweiz benötigten Stromverbrauchs erzeugt werden. Freiflächenanlagen sind trotzdem sinnvoll. Sie sind die "Billigmacher" des Fotovoltaikstroms, die Produktionskosten sind 20 – 30 Prozent tiefer. Sie ermöglichen ein relativ schnelles Anwachsen des nachhaltigen Fotovoltaikstroms und ermöglichen der Landwirtschaft eine weitere Einkommensmöglichkeit und sie sind reversibel. Eine Anlage kann nach 25 Jahren abgeräumt und der Boden wieder als Weideland genutzt werden. Als Vergleich: Ein Bauernhof mit 20 Hektaren Fläche kann 10 Prozent des Stromverbrauchs der Gemeinde Köniz herstellen. Für dieselbe Menge Strom aus einer Biogasanlage wären 100 Bauernhöfe nötig.

Zur Antwort des Gemeinderats: Aus folgenden Gründen stimmen wir der beantragten Abschreibung nicht zu: Das Ziel des Vorstosses ist vom Gemeinderat falsch verstanden worden. Vielleicht war der Text etwas unklar. Ziel war nicht, Bauzonen auszuscheiden, sondern die Aufnahme von möglichen Gebieten für die Richtplanstufe vorzubereiten, z. B. im Richtplan Energie, wie dies in anderen Gemeinden mit Windanlagen geschieht. Zudem ist die Liste der Ansätze auf Seite 4 ein Anfang, sie genügt jedoch nicht. Die Ansätze müssen ergänzt und in eine verbindliche Form gebracht werden. Die Liste ist zudem zu überarbeiten, denn gewisse Punkte sind sehr rudimentär und unverständlich. Andere hingegen sind selbstverständlich, wie z. B. die Ausrichtung nach Süden. Sinn des Vorstosses war die Sensibilisierung der Behörden und eine Vorbereitung der Raumplanung vor dem Auftreten von Problemen. Dieses Ziel wäre – wenn der Vorstoss nun abgeschrieben würde – nur teilweise erreicht.

Wir bitten sie, der Abschreibung des Postulats nicht zuzustimmen.

Fraktionssprecher Hans Moser (SVP): Die SVP-Fraktion wird das Postulat ablehnen und der Abschreibung zustimmen. Zurzeit verliert die Nahrungsmittel produzierende Landschaft in der Schweiz pro Sekunde einen Quadratmeter Boden durch Bautätigkeit, Strassenbau und Aufforstung. Zudem nimmt die Weltbevölkerung in vier Stunden um jeweils ungefähr die Einwohnerzahl der Gemeinde Köniz – rund 39'000 – zu. Es wird nicht billiger und einfacher, Nahrungsmittel um die halbe Erdkugel zu transportieren. Das Angebot an Hausdächern und Dächern von Industriegebäuden mit der richtigen Ausrichtung zur Sonne hin, für die Realisierung von Fotovoltaikanlagen ist genügend. Die Anlagen sind auch dort, wo der Strom effektiv gebraucht wird und jedes Gebäude verfügt über einen Netzanschluss für den Stromtransport. Bedenken wir dazu noch das Bild der Schweiz als Landwirtschaftsland im Tourismus. Die Schweiz ist viel zu klein strukturiert und nicht vergleichbar mit den vielen ungenutzten Freilandflächen in Europa. Aus diesem Grund ist unser Boden viel zu teuer für die Realisierung solcher Anlagen. In der

Schweiz müssen Schafweiden auch als solche genutzt werden. Werden sie für die Stromproduktion genutzt, könnte es sein, dass der Park Liebefeld als Schafweide genutzt werden muss. Bei der Stromproduktion aus Sonnenstrahlen sind die Landwirte an vorderster Front tätig: Auf vielen Dächern von landwirtschaftlichen Ökonomiegebäuden sind Fotovoltaikanlagen installiert. Vorläufig müssen im Richtplan Energie keine solchen Freilandflächen aufgenommen werden, sie sind auch nicht vorhanden.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Wie bei den vorhergehenden Vorstössen die Umwelt betreffend, sind wir auch hier mit dem Gemeinderat einig. Inhaltlich ist uns ein Punkt sehr wichtig: Auch wir halten fest, dass prioritär Dachflächen von Gebäuden für die Realisierung von Fotovoltaikanlagen verwendet werden sollen, statt wertvolles Kulturland dafür herzugeben. Wir unterstützen die Erheblicherklärung des Postulats wie auch die Abschreibung gemäss dem Antrag des Gemeinderats.

Fraktionssprecher Mario Fedeli (SP): Das Postulat zeigt auf, welche Möglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energie noch offen stehen. Das ist positiv, denn jeder neue Weg muss geprüft werden. Fotovoltaikanlagen auf Gebäudedächern gehören heute zum Alltagsbild. Etwas anders sieht es in der Schweiz bei Freiflächenanlagen aus. Hier sind andere Länder erheblich weiter fortgeschritten. Der Grund liegt nicht allein in der vielerorts leider vertretenen Skepsis gegenüber der erneuerbaren Energie. In der Schweiz spielt auch der Umstand eine Rolle, dass unser Land klein und eine Vergrösserung nicht ohne weiteres möglich ist. Fotovoltaikanlagen auf Freilandflächen kommen vor allem und sinnvollerweise in Ländern mit grossen ungenutzten Flächen zum Einsatz und sind durch ihre Dimension wahre Solarkraftwerke. In der Schweiz kommen Freiflächenanlagen aufgrund der Opportunitätskosten selten vor. Aufgrund der bereits angesprochenen Flächenknappheit wird der Boden für landwirtschaftliche oder andere primäre Bedürfnisse genutzt. Es ist jedoch Tatsache, dass der starke Preisrückgang bei den Anlagenkosten dazu beiträgt, dass die Freilandflächenanlagen zunehmend zu einer ernstzunehmenden Alternative zu herkömmlichen Kraftwerken werden. Mit der Erarbeitung des Richtplans Energie zeigt die Gemeinde Köniz, dass ihr die Energieproblematik am Herz liegt und der Gemeinderat ist bereit, sich dem Thema Freilandflächenanlagen für die Produktion von Solarstrom anzunehmen.

Unter Berücksichtigung von Vor- und Nachteilen solcher Anlagen unterstützt die SP/JUSO-Fraktion das pragmatische Vorgehen des Gemeinderats und stimmt der Erheblicherklärung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats zu.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Der BDP-Fraktion ist es ein Anliegen, erneuerbare Energiequellen zu fördern und die Energieeffizienz zu steigern. Wir unterstützen Massnahmen und Anlagen auf öffentlichen Bauten, auf Gewerbebauten, auf privaten Gebäuden und insbesondere auf landwirtschaftlichen Gebäuden. Hingegen erachten wir Anlagen auf Freilandflächen im kommunalen Rahmen als ungeeignet. Solche Projekte müssen regional und übergeordnet geplant werden.

Aus diesem Grund stimmt die BDP-Fraktion der Erheblicherklärung und Abschreibung des Postulats zu.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Der Gemeinderat teilt die Ansicht vieler Votanten, dass Solaranlagen vor allem auf Dächern von Gebäuden realisiert werden sollen. Es ist jedoch möglich, dass eine Anfrage für die Realisierung einer solchen Freilandflächenanlage kommt und ein Standort in der Gemeinde Köniz möglich wäre. Diese Diskussion hat uns bis anhin noch nicht erreicht, wie auch das Inforama auf der Rüti nicht. Aus diesem Grund haben wir den Weg gewählt, bereit zu sein und die Forderung als Massnahmenblatt im Richtplan aufzunehmen. Wir sind zurzeit an der öffentlichen Mitwirkung. Wenn das Parlament dem Postulat zustimmt, würden wir dies aufnehmen.

Zu Jan Remund: Er erklärte, dass dafür keine Bauzonen auszuscheiden sind. Die Gesetzgebung in diesem Bereich ist jedoch noch nicht ganz klar. Der Richtplan ist behördenverbindlich und wenn wir das Anliegen des Vorstosses aufnehmen, ist das Massnahmenblatt für den Gemeinderat verbindlich.

Zu Hans Moser: Ich danke ihm herzlich für den Input zum Stabilisierungsprogramm. Im Park Liebefeld würde der Rasen dann nicht mehr gemäht, sondern wir setzen dafür Schafe ein.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

9. 1016 Interpellation (BDP) "E-Government: Wo steht Köniz mit der Entwicklung des elektronischen Austausches mit Behörden?"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Franziska Keller (BDP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die Beantwortung. E-Government ist nichts anderes als der elektronische Austausch mit Behörden. Dass dieser weiterhin gefördert werden soll, haben immerhin 31 Parlamentsmitglieder mit ihrer Unterschrift bekräftigt. Eine Forderung aufzustellen ist in Zeiten der Budgetdiskussionen etwas unangenehm. Deshalb möchten wir Ideen in diesem Bereich anmelden, werden dies aber im Rahmen der Konsultation der Strategie tun. E-Government ist freiwillig und der Gemeinderat wird erst Ende 2011 über die Strategie entscheiden und gleichzeitig auch darüber, ob er dies dem Parlament überhaupt vorlegen will. Ich melde hier aus zwei Gründen Interesse an: Die Regelung der Finanzkompetenzen ist uns klar, aber wir möchten auch strategisch mitarbeiten. Hier erinnere ich an die Vernehmlassung zur Energiestrategie. Für uns Parlamentsmitglieder ist es einfacher, an einer Strategie strategisch mitzuwirken, weil man sich dann der finanziellen Konsequenzen bewusst ist.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als befriedigt.

10. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

1020 Motion (Grüne Köniz) "Veloleitsystem"

1021 Postulat (SP) "Köniz innovativ: eine Jobbörse von und für Jugendliche in Köniz"

Parlamentspräsident Christian Burren: Vor der Mitteilung aus der Regionalkonferenz eine Frage an Gemeindepräsident Luc Mentha: Hat die Regionalversammlung vom 9. Dezember 2010 das Reglement zur Spezialfinanzierung der Planung zugunsten des öffentlichen Verkehrs beschlossen? Wenn dem so ist, wie Gemeindepräsident Luc Mentha bestätigt, habe ich folgende Mitteilung: Dieses Geschäft unterliegt dem fakultativen Referendum. In der Gemeinde Köniz ist das Parlament für das Behördenreferendum zuständig. Der Antrag muss durch mindestens 15 Parlamentsmitglieder unterzeichnet werden und ist innert 30 Tagen dem Parlamentspräsidenten einzureichen. Das Parlament muss die Eingabe innert 60 Tagen behandeln und einreichen. Bei diesem Geschäft handelt es sich um die Verwendung des Eigenkapitals nach Auflösung des Vereins RVK4. Die verbleibenden 85'580 Franken werden an die Regionalkonferenz Bern Mittelland überwiesen mit dem Auftrag, diese zweckgebunden zur Finanzierung von Planung und Konzept zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu verwenden. Für diese Spezialfinanzierung ist das Reglement der Regionalkonferenz notwendig. Die Unterlagen werden Ihnen nach der Publikation des Geschäfts zugestellt.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Es ist sehr gut, dass der Parlamentspräsident formell auf diese Angelegenheit hinweist. Ich empfehle Ihnen jedoch, nun die Weihnachtszeit zu geniessen, denn hier handelt es sich um ein Geschäft, bei dem es sich nicht lohnt, auch nur eine Stunde dafür zu vergeuden. Wird die Spezialfinanzierung nicht reglementiert, lautet die Alternative wie folgt: Das verbliebene Eigenkapital wird an jene Gemeinden zurück verteilt, die die nötigen Mittel seinerzeit dem vrb (Verein Region Bern) zur Verfügung gestellt haben. Man löst ein Abrechnungsverfahren aus, mit welchem Beträge über z. B. 51.35 Franken an die Gemeinde xx rücküberwiesen werden, was einem Hornberger Schiessen entspräche. Es besteht kein Grund, ein Referendum auch nur im Ansatz zu erwägen.

Parlamentspräsident Christian Burren: Ich war hier der Meinung, diese Mitteilung ans Parlament weiterzuleiten.

Mir bleibt nur noch, Ihnen allen für die angeregte, zum Teil auch herausfordernde Debatte zu danken. Wichtig ist, dass nun ein Voranschlag 2011 vorhanden ist, der bei allen mittlere Unzufriedenheit auslöst und womit wir nicht allzu weit von einer guten Lösung sind. Ich wünsche allen eine möglichst ruhige und schöne Weihnachtszeit sowie einen guten Rutsch ins Neue Jahr. Wir sehen uns am 21. Januar 2011 wieder.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament